

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 31. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2004-2008)

Sitzungsdatum: 12. September 2007
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.30 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Susanne Studer, Präsidentin Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin, ab 19.00 Uhr
Roman Meury
Heinz Giger
Robert Vogt
Arnold Julier

Gemeindeverwaltung: Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin
Markus Rudolf-von-Rohr, Gemeindeverwalter-Stv.

Gäste:

Entschuldigt: GR Saskia Schärer
Rolf Adam
Sam Champion
Benedikt Gnos
Peter Hauser
Simone Hauser, anwesend ab 18.10 Uhr
Verena Meschberger
Jürg Vogt
Peter von Arx
Joël Wartenweiler, anwesend ab 18.45 Uhr

Abwesend: Max Amsler, ab 21.00 Uhr
Simone Hauser, ab 21.00 Uhr
Bruno Steiger, ab 21.00 Uhr

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr: 31 Anwesende = 21 Stimmen
18.10 Uhr: 32 Anwesende = 22 Stimmen
21.00 Uhr: 30 Anwesende = 20 Stimmen

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 20.06.2007 betreffend
Nachrücken von Philippe Adam, CVP-Fraktion, in den Einwohnerrat anstelle
der zurückgetretenen Caterine Hosang-Gobet, CVP-Fraktion, für den Rest
der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2008) Geschäft 3732

2. Bericht des Gemeinderates vom 15.08.2007 betreffend
Nachrücken von Stephan Wolf, CVP-Fraktion, in den Einwohnerrat anstelle
des zurückgetretenen Dr. Ivo Corvini, CVP-Fraktion, für den Rest der laufenden
Legislaturperiode (bis 30.06.2008) Geschäft 3741

3. Bericht des Gemeinderates vom 15.08.2007 betreffend
Wahl eines Mitglieds ins Wahlbüro anstelle des zurückgetretenen
Siro Imber, FDP, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2008) Geschäft 3742

4. Bericht des Gemeinderates vom 20.06.2007 betreffend
Ersatzwahl eines Ersatzmitglieds der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission
für den zurückgetretenen Bruno Steiger, SD-Fraktion, für den Rest der laufenden
Legislaturperiode (bis 30.06.2008) Geschäft 3733

5. Bericht des Gemeinderates vom 20.06.2007 betreffend
Ersatzwahl eines Ersatzmitglieds der Geschäftsprüfungskommission für den
zurückgetretenen Max Amsler, SD-Fraktion, für den Rest der laufenden
Legislaturperiode (bis 30.06.2008) Geschäft 3734

6. Bericht des Gemeinderates vom 20.06.2007 betreffend
Wahl eines Mitglieds der Verkehrs- und Planungskommission VPK anstelle des
zurückgetretenen Max Amsler, SD-Fraktion, für den Rest der laufenden
Legislaturperiode (bis 30.06.2008) Geschäft 3735

7. Bericht des Gemeinderates vom 20.06.2007 betreffend
Ersatzwahl eines Ersatzmitglieds der Umweltkommission für den zurückgetretenen
Bruno Steiger, SD-Fraktion, für den Rest der laufenden Legislaturperiode
(bis 30.06.2008) Geschäft 3736

8. Bericht des Gemeinderates vom 22.08.2007 betreffend Geschäft 3739
Leistungspostulate pro 2008;
Stellungnahme und Anträge des Gemeinderates

Leistungspostulat 3739.1; SVP-Fraktion, Josua M. Studer betreffend
Produktegruppe: 500 Einwohnerdienste – Sicherheit
Leistungsauftrag: 190 Wahlen und Abstimmungen
Aufhebung des Wahllokals Bettenacker per 30. Juni 2008

Leistungspostulat 3739.2; SP/EVP-Fraktion, Lucius Cueni, betreffend
Produktegruppe: 200 Tiefbau – Umwelt
Leistungsauftrag: 271 Freizeit- / Sport- / Grünanlagen
(Verwendung standort-heimischer Pflanzenarten in Aussen- und Parkanlagen)

Leistungspostulat 3739.3; SP/EVP-Fraktion, Lucius Cueni, betreffend
Produktegruppe: 200 Tiefbau – Umwelt
Leistungsauftrag: 271 Freizeit- / Sport- / Grünanlagen
(Ökologische Aufwertung von Aussen- und Parkanlagen)

Leistungspostulat 3739.4; SP/EVP-Fraktion, Andreas Bammatter, betreffend
Produktegruppe: 200 Tiefbau – Umwelt
Leistungsauftrag: 271 Freizeit- / Sport- / Grünanlagen
(Ausgestaltung Areal Wegmatten)

Leistungspostulat 3739.5; SP/EVP-Fraktion, Andreas Bammatter, betreffend
Produktegruppe: 200 Tiefbau – Umwelt
Leistungsauftrag: 282 Lärm / Energie / Luft / Natur / Landschaft
(Vermehrte Aktivitäten Umwelt- und Naturschutzkommission i.S.
Hochwasserdamm und Deponien ‚Le Letten‘)

Leistungspostulat 3739.6; SP/EVP-Fraktion, Andreas Bammatter, betreffend
Produktegruppe: 200 Tiefbau – Umwelt
Leistungsauftrag: 282 Lärm / Energie / Luft / Natur / Landschaft
(Aktivitäten der Projektgruppe Flugverkehr)

Leistungspostulat 3739.7; SP/EVP-Fraktion, Andreas Bammatter, betreffend
Produktegruppe: 300 Hochbau – Raumplanung
Leistungsauftrag 361 Hochbau - Raumplanung
(Wohnen im Alter)

Leistungspostulat 3739.8; SP/EVP-Fraktion, Lucius Cueni, betreffend
Produktegruppe: 300 Hochbau – Raumplanung
Leistungsauftrag: 361 Hochbau - Raumplanung
(Förderung gebäudebrütender Tiere)

9. Bericht des Gemeinderates vom 08.08.2007 betreffend Geschäft 3740
Abrechnung über den Verpflichtungskredit in Höhe von CHF 38'000.00 für
die Schaffung der notwendigen Büroräumlichkeiten und deren Einrichtung
und Ausstattung bei den Sozialen Diensten
10. Postulat, Rolf Adam, CVP-Fraktion, vom 19.06.2007, betreffend Geschäft 3737
Kein Aussteigen am Morgartenring, sondern Basel-Allschwil direkt
mit dem 6er!
11. Postulat, Sarah Lorenz, CVP, vom 20.06.2007, zu den Auswirkungen Geschäft 3738
der neuen Integrationspolitik von Bund und Kanton auf die
Gemeinde Allschwil

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER des Gemeinderates
 - FRAGESTUNDE
-

Für das Protokoll:

Jörg Bertsch / Markus Rudolf-von-Rohr

Einwohnerratsprotokoll Nr. 31 vom 12. September 2007

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Die Präsidentin des
Einwohnerrates Allschwil**

Susanne Studer

Begrüssung

Susanne Studer, Präsidentin: Mir diesem neuen Glockenklang hole ich euch vom Sommertraum zurück in den Alltag und begrüsse euch zur ersten Einwohnerratssitzung, des letzten Amtsjahres in der laufenden Legislatur. Recht herzlich möchte ich auch unsere neue Gemeindeverwalterin Frau Steiner im Rat begrüssen und auch unseren Sekretär Herrn Rudolf von Rohr. In der Kürze liegt die Würze, und da ich keine lange Rede mag, mache ich es kurz. Ich werde bemüht sein, Sitzungen effizient zu führen. Und wenn wir einmal früher Feierabend machen können, dann nur, wenn auch die Traktandenliste erschöpft ist.

Mitteilungen der Präsidentin

Susanne Studer, Präsidentin, orientiert wie folgt:

Mit Entscheid No. 291 vom 17. Juli 2007 hat die Bau- und Umweltschutzdirektion Basel-Landschaft das vom Einwohnerrat am 23. Mai 2007 beschlossene **Wasser- und Abwasserreglement genehmigt**. Zwischenzeitlich sind die Reglemente in Rechtskraft getreten.

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt: Gestützt auf die Genehmigungsbemerkungen der Bau- und Umweltschutzdirektion Basel-Landschaft wurden die Schlussbestimmungen, Kapitel E, der Reglemente wie folgt angepasst:

§ 31 Vollzug

- 1) Der Gemeinderat vollzieht dieses Reglement und wacht über dessen Einhaltung durch Behörden, Betriebe und Bevölkerung.
- 2) Der Gemeinderat kann in einer Verordnung die Gemeindeverwaltung zum Erlass von Verfügungen ermächtigen, die sich auf dieses Reglement stützen.
- 3) Kommen Grundeigentümer oder Grundeigentümerinnen den gesetzlichen Pflichten trotz Aufforderung nicht nach, so kann der Gemeinderat die nötigen Massnahmen auf dem Weg der Ersatzvornahme ergreifen.

§ 32 Rechtsschutz

- 1) Gegen Verfügungen der Gemeindeverwaltung, die sich auf dieses Reglement stützen, kann innert 10 Tagen seit der Eröffnung beim Gemeinderat Einsprache erhoben werden.
- 2) Gegen Verfügungen und Entscheide des Gemeinderates, die sich auf dieses Reglement stützen, kann innert 10 Tagen seit der Eröffnung beim Regierungsrat Beschwerde erhoben werden.
- 3) Gegen Verfügungen betreffend die Anschlussbeiträge (§§ 24ff) kann innert 10 Tagen seit der Eröffnung beim Enteignungsgericht Beschwerde erhoben werden.

* * * * *

Mit Entscheid vom 5. September 2007 hat die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion Basel-Landschaft die vom Einwohnerrat am 23. Mai 2007 beschlossene **Teilrevision des Jugendmusikschulreglements genehmigt**. Die Inkraftsetzung erfolgt nach Ablauf der 10-tägigen Beschwerdefrist.

* * * * *

Am Mittwoch, 29. August 2007, war das Büro Einwohnerrat zu Gast beim **Ratsbüro des Einwohnerrates Riehen**. Es fand ein allgemeiner **Gedankenaustausch** statt und anschliessend die Teilnahme an den Einwohnerratsverhandlungen. Das Büro des Einwohnerrates Riehen wird im Rahmen der Plenarsitzung vom 14. November 2007 in Allschwil zu Gast sein.

* * * * *

Der **Sitzungskalender 2008** wurde ausgeteilt.

* * * * *

Die Präsidentin bittet die Ratsmitglieder, bei Abstimmungen die Stimmkarten deutlich über Kopfhöhe zu strecken. Wenn Stimmkarten nicht deutlich zu erkennen seien, würden diese nicht berücksichtigt.

* * * * *

Die Präsidentin, **Susanne Studer**, erteilt Einwohnerrat Lucius Cueni das Wort:

Lucius Cueni, SP-EVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, ich möchte gerne eine persönliche Erklärung abgeben. Wir wissen alle, dass am 23. Juli ein Flugzeug auf die Liegenschaften an der Roggenburgerstrasse und auf den direkt benachbarten Robinson-Spielplatz abstürzte. Basel und auch Allschwil hatten ein unvorstellbares Glück: Eine Schule, Kindergarten, Spital, Gartenbad sind in unmittelbarer Nähe. Ich habe lange, und auch zusammen mit der Fraktion, überlegt, wie das Ereignis politisch aufgearbeitet werden kann. Wir kamen dann zu dem Schluss, dass alle politischen Vorstösse keinen Sinn machen, unter anderem deshalb, weil die Fliegerei eine Angelegenheit des Bundes ist. Als Lokalpolitiker sind einem die Hände gebunden. Dennoch finde ich, und das meint auch meine Fraktion, es ist wichtig, dass solche Ereignisse politisch zur Sprache kommen. Deshalb habe ich den Weg der persönlichen Erklärung gewählt. Meine Damen und Herren, ich möchte nicht über die möglichen Ursachen spekulieren. Für mich spielt es auch keine Rolle, wie erfahren der Pilot war. Fakt ist, dass eine Maschine, eine Kleinmaschine, mit 1'700 Litern Kerosin in einer fragwürdigen Mission auf dicht besiedeltes Gebiet stürzte - offensichtlich nur bedingt flugtauglich, sonst hätte das BAZL ja nicht die Auflage erteilt, dass keine Kurven geflogen werden dürfen. Ich war entsetzt über den Vorfall, entsetzt darüber, dass fragwürdige Rekordjagerei mit fliegenden Kerosintanks über unseren Köpfen möglich ist. Und ich bin entsetzt über die Ohnmacht, die ich bei mir und bei anderen feststellen musste. Trotz dieser Ohnmacht, die sicher auch der Gemeinderat spürte, hat der Gemeinderat in meinen Augen vorbildlich reagiert und ist nicht zum Tagesgeschäft übergegangen, sondern er hat die Ängste der Bevölkerung ernst genommen und seinen Standpunkt mehrere Male in Medienberichten deutlich gemacht. Zum Beispiel

- dass er der Meinung sei, der Flughafen unternehme wenig, um die negativen Auswirkungen des Euro Airport zu reduzieren;
- dass er einen Ausbau des Flughafens zur Frachtdrehscheibe ablehne;
- und dass er ein Nachtflugverbot fordere.

Bravo!

Neue parlamentarische Vorstösse

Dringliche Interpellation betreffend Aufhebung Gratisparkplätze in Basel-Stadt / Auswirkungen auf Allschwil von Jürg Gass, SP-EVP-Fraktion, Geschäft 3748.

Susanne Studer, Präsidentin, weist auf die geforderte Dringlichkeit hin und übergibt Jürg Gass das Wort betreffend Dringlichkeit.

Zur Dringlichkeit:

Jürg Gass, SP-EVP-Fraktion: Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren: Dringlich deshalb, weil es schon nächstes Jahr, 2008 der Fall sein wird, dass Basel die Autos verdrängt und praktisch nur noch Blaue Zonen hat. Wir wissen, was das heisst: Wenn Sie heute schon die Baslerstrasse entlang fahren, dann sehen Sie fast nur noch 68er-Nummern, die gehen nämlich aufs Tram. Darum möchten wir gerne wissen, wie ist das aus Sicht des Gemeinderates, was ist diesbezüglich geplant? Wenn wir reagieren wollen, müssen wir es bald tun, nicht erst im Dezember oder gar nächstes Jahr. Darum bitte ich Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Susanne Studer, Präsidentin, lässt über die Dringlichkeit abstimmen.

://:

Mit 26:6 Stimmen bei einer 2/3-Mehrheit von 22 Stimmen, beschliesst der Einwohnerrat die Dringlichkeit.

Die Beantwortung der Interpellation durch den Gemeinderat erfolgt nach der Pause.

Dringliches Postulat betreffend Einführung Gemeinde-Tageskarte von Mathilde Oppliger und Felix Keller-Maurer namens CVP-Fraktion, Geschäft 3747.

Susanne Studer, Präsidentin, weist auf die geforderte Dringlichkeit hin und übergibt Mathilde Oppliger / Felix Keller das Wort betreffend Dringlichkeit.

Zur Dringlichkeit:

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Geehrte Anwesende, die Dringlichkeit ergibt sich aus Folgendem: Wenn wir die Gemeindetageskarte zum 1. Januar einführen wollen, dann müssen wir dies demnächst in Auftrag geben. In sehr vielen Gemeinden hat man diese Gemeindetageskarte schon, die man dann für 35 Franken auf der Gemeinde reservieren und dann auch abholen kann. Mit ihr kann man dann den ganzen Tag in der ganzen Schweiz, unabhängig von der Strecke, fahren - 2. Klasse natürlich. Früher hatten wir einmal das GA, das war aber administrativ ziemlich aufwändig. Die Tageskarte wäre ein bisschen weniger aufwändig. Es gibt sehr viele Leute, die anfragen, weshalb wir sie nicht haben – wo doch recht viele andere Gemeinden sie bereits haben. Danke.

Jean-Jacques Winter, SP-EVP-Fraktion: Geschätzte Damen und Herren, verehrte Präsidentin. Zur Dringlichkeit: Der Budgetumfang dieses Postulats liegt in der Kompetenz des Gemeinderates. Von daher ist eine Dringlichkeit eigentlich gar nicht gegeben. Wenn der Gemeinderat das als wichtig „schmeckt“, wenn es ihm auf der Zunge liegt, dann kann er das spontan, lässig, für alle fördernd, und für sich selber zum Vorteil umsetzen. Etwas anderes zur Dringlichkeit: Von den gleichen politischen Kreisen, aus denen jetzt diese Dringlichkeit vorgetragen wird, sind damals jene 5 Generalabonnements abgeschafft worden, als Sparmassnahme. Und genau dort aber konnten die Verwaltung, konnten die Lehrlinge und andere Mitarbeiter der Verwaltung sehr viel profitieren von diesen Billetten, indem sie damit zu ihren Kursen fahren konnten, sei es nach Liestal, sei es nach Aarau, wo die Lehrlingskurse stattfanden. Etwa 40 % der Tageskarten damals – GA – wurden intern in der Verwaltung genutzt. Quand même – ich finde es auch dringlich, Mathilde Oppliger, dich zu unterstützen! Aber ich musste das jetzt einfach sagen.

Susanne Studer, Präsidentin, lässt über die Dringlichkeit abstimmen.

://:

Mit 21:8 Stimmen bei einer 2/3-Mehrheit von 22 Stimmen, lehnt der Einwohnerrat die Dringlichkeit ab.

Traktandenliste

Susanne Studer, Präsidentin: Die Traktandenliste zur heutigen Sitzung wurde den Ratsmitgliedern fristgerecht zugestellt. Der Bericht der Geschäftsprüfungskommission zu den Leistungspostulaten 2007, Geschäft 3739A, wurde nachgereicht und wird zusammen mit dem Bericht des Gemeinderates behandelt werden. Im Weiteren liegt der Bericht der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission zu den Leistungspostulaten 2008 vor und soll bei der Geschäftsberatung verlesen werden. Ich frage den Rat an, ob er sich diesem Vorgehen anschliessen kann. Im Weiteren frage ich den Rat hinsichtlich weiterer Änderungsanträge zur Traktandenliste an.

Susanne Studer, Präsidentin, stellt Zustimmung zum aufgezeigten Vorgehen fest. Es liegen keine Änderungsanträge zur Traktandenliste vor.

://:

Dem Vorgehen und der vorliegenden Traktandenliste wird zugestimmt.

282 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1:

Bericht des Gemeinderates vom 20.06.2007 betreffend Nachrücken von Philippe Adam, CVP-Fraktion, in den Einwohnerrat anstelle der zurückgetretenen Caterine Hosang-Gobet, CVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2008), Geschäft 3732

Susanne Studer, Präsidentin: Ich begrüsse Philippe Adam recht herzlich im Einwohnerrat. Ich wünsche ihm viel Glück und Erfolg für den Rest der laufenden Legislaturperiode.

://:

Vom Nachrücken des Philippe Adam, CVP-Fraktion, in den Einwohnerrat für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2008) wird Kenntnis genommen.

283 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2:

Bericht des Gemeinderates vom 15.08.2007 betreffend Nachrücken von Stephan Wolf, CVP-Fraktion, in den Einwohnerrat anstelle des zurückgetretenen Dr. Ivo Corvini, CVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2008), Geschäft 3741

Susanne Studer, Präsidentin: Ich begrüsse Stephan Wolf recht herzlich im Einwohnerrat. Ich wünsche ihm viel Glück und Erfolg für den Rest der laufenden Legislaturperiode.

://:

Vom Nachrücken des Stephan Wolf, CVP-Fraktion, in den Einwohnerrat für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2008) wird Kenntnis genommen.

284 01.024 Wahlbüro

Traktandum 3:

Bericht des Gemeinderates vom 15.08.2007 Wahl eines Mitglieds ins Wahlbüro anstelle des zurückgetretenen Siro Imber, FDP, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2008), Geschäft 3742

Susanne Studer, Präsidentin, stellt fest, dass eine Nomination der FDP mit Kathrin Gürtler vorliege. Sie fragt an, ob es weitere Kandidaturen gibt. Dies ist nicht der Fall. Sie fragt an, ob der Rat etwas gegen eine stille Wahl einzuwenden habe. Dies ist auch nicht der Fall.

://:

1. Kathrin Gürtler wird in stiller Wahl als Mitglied des Wahlbüros gewählt.

2. **Mitteilung per Protokollauszug an:**

- Kathrin Gürtler, Baslerstrasse 39, 4123 Allschwil, als Wahlanzeige
Beilage: Personalblatt
- Hans-Peter Mohler, Präsident Wahlbüro, Gartenstrasse 35, 4123 Allschwil
- Ornella Schneider, Präsidium FDP, Lützelbachweg 15, 4123 Allschwil

285 01.032.002 Finanz- und Rechnungsprüfungskommission

Traktandum 4:

Bericht des Gemeinderates vom 20.06.2007 betreffend Ersatzwahl eines Ersatzmitglieds der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission für den zurückgetretenen Bruno Steiger, SD-Fraktion, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2008), Geschäft 3733

Bruno Steiger, SD-Fraktion: Frau Präsidentin, geschätzte Anwesende. Ich will jetzt vorweg einmal meinen Unmut darüber kundtun, was hier für Spiele getrieben werden in Sachen interne Wahlen in Kommissionen dieses Einwohnerrates. Ich würde meinen, es ist mehr als bedenklich, welche Scheinmoral die Linke und die linksbürgerliche Mehrheit in diesem Parlament an den Tag legen. Und es ist eben das:

Gerade die, die hier den Sam Champion – das ist ja gleich, ich meine, wenn jemand in gewissen Kreisen nicht beliebt ist, und man dies verpolitisiert, das ist das einfach unredlich. Und eben, es sind dann gerade die Kräfte in diesem Rat, die sich eben irgendwie grossartig immer wieder zwischendurch die selbsternannten historischen Dorfparteien nennen. Also seht her, ich habe jetzt generell den Eindruck von diesem Einwohnerrat – es macht einem immer mehr den Eindruck, der einen fragwürdig stimmt, ich frage mich, der Einwohnerrat Allschwil ist in letzter Zeit zu einem fertigen Schattenfigurenkabinett verkommen. Und von gewissen Leuten wird er zum Teil noch als Sackgeld-Klub angesehen. Und von daher komme ich immer mehr zum Schluss, dass es vielleicht zum Wohl der Gemeinde am Ende das Beste wäre, wenn wir diesen Rat überhaupt abschaffen würden und die Gemeindeversammlung wieder ins Spiel setzen würden. Und eben, vor allem, dann würde der Parteienfilz hier drinnen vielleicht in dem Sinne unterbunden. Da ihr ja offensichtlich – ich habe es schon gehört – nicht bereit seid, Sam Champion zu wählen – aus Trotz natürlich noch, trötzele wie im Kindergarten – bleibt uns eigentlich in dem Sinn – ich wollte eigentlich zuerst vor allem den Jean-Jacques Winter, der wird dann immer noch so schön hässig, provozieren, wegen einer Auszeit – ich habe es schon gehört, oder, was da alles gemunkelt wird – aber schaut, wir – wie soll man das ausdrücken – wir haben ja alle Lohn da drinnen, und von daher wollen wir die Zeit nicht unnütz vergeuden. Von daher werden wir euch jetzt andere Vorschläge präsentieren, und zwar eben Leute, die politisch eben in etwa eine Einstellung haben, die unseren Ideen entspricht und unserer Mentalität. Und von daher möchte ich jetzt sagen: Von denen, die Sam Champion abgelehnt haben, wäre für uns auch keiner wählbar. Da wäre ich also auch stur; kein einziger, der da mit nein gestimmt hat, wäre für mich je wieder einmal wählbar in irgendeine Kommission. Das kann ich euch schriftlich geben, dazu stehe ich. Für die, die mich kennen, ich bin da gradlinig und mache nicht „wischiwaschiwaschi“, wie das gewisse Politiker in diesem Saal eben auch machen. Also, wenn wir da schon beim ersten Geschäft sind, ich schlage dem Rat für diese Ersatzwahl für die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission Werner Schwarz, Mitglied der SVP-Fraktion, vor.

Susanne Studer, Präsidentin, fragt an, ob es weitere Kandidaturen gibt. Dies ist nicht der Fall. Sie fragt an, ob der Rat etwas gegen eine stille Wahl einzuwenden habe. Dies ist auch nicht der Fall.

1. Werner Schwarz, SVP, wird in stiller Wahl als Ersatzmitglied der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission gewählt.
2. **Mitteilung per Protokollauszug an:**
 - Werner Schwarz, Grabenmattweg 59, 4123 Allschwil, als Wahlanzeige
 - Verena Meschberger, Präsidentin FiReKo, Pappelstrasse 38, 4123 Allschwil
 - Bruno Steiger, Präsident SD, Binneringerstrasse 9, 4123 Allschwil
 - Josua Studer, Präsident SVP, Burgfelderstrasse 10, 4123 Allschwil

286 01.032.002 Finanz- und Rechnungsprüfungskommission

Traktandum 5:

Bericht des Gemeinderates vom 20.06.2007 betreffend Ersatzwahl eines Ersatzmitglieds der Geschäftsprüfungskommission für den zurückgetretenen Max Amsler, SD-Fraktion, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2008), Geschäft 3734

Bruno Steiger, SD-Fraktion: Ich schlage dem Rat für diese Ersatzwahl Josua Studer, Mitglied der SVP-Fraktion, vor.

Susanne Studer, Präsidentin, fragt an, ob es weitere Kandidaturen gibt. Dies ist nicht der Fall. Sie fragt an, ob der Rat etwas gegen eine stille Wahl einzuwenden habe. Dies ist auch nicht der Fall.

1. Josua Studer, SVP, wird in stiller Wahl als Ersatzmitglied der Geschäftsprüfungskommission gewählt.
2. **Mitteilung per Protokollauszug an:**
 - Josua Studer, Burgfelderstrasse 10, 4123 Allschwil, als Wahlanzeige
 - Thomas Pfaff, Präsident Geschäftsprüfungskommission, Baslerstrasse 148, 4123 Allschwil
 - Bruno Steiger, Präsident SD, Binneringerstrasse 9, 4123 Allschwil
 - Josua Studer, Präsident SVP, Burgfelderstrasse 10, 4123 Allschwil

287 01.032.003 Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen

**Traktandum 6:
Bericht des Gemeinderates vom 20.06.2007 betreffend Wahl eines Mitglieds
der Verkehrs- und Planungskommission VPK anstelle des zurückgetretenen
Max Amsler, SD-Fraktion, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis
30.06.2008), Geschäft 3735**

Bruno Steiger, SD-Fraktion: Im Hinblick auf das nächste VPK-Geschäft, vor allem weil wir da schon wieder Tempo 30 hintenherum einführen wollen, was schon dreimal abgelehnt wurde, darf ich euch eine Kraft empfehlen, die ganz sicher dieses Drecksgeschäftlein, sage ich jetzt mal, nicht mitmacht. Wir schlagen dem Rat für diese Ersatzwahl Werner Schwarz, Mitglied der SVP-Fraktion, vor.

Susanne Studer, Präsidentin, fragt an, ob es weitere Kandidaturen gibt. Dies ist nicht der Fall. Sie fragt an, ob der Rat etwas gegen eine stille Wahl einzuwenden habe. Dies ist auch nicht der Fall.

1. Werner Schwarz, SVP, wird in stiller Wahl als Mitglied der Verkehrs- und Planungskommission gewählt.
2. **Mitteilung per Protokollauszug an:**
 - Werner Schwarz, Grabenmattweg 59, 4123 Allschwil, als Wahlanzeige
 - Dr. Guido Beretta, Präsident VPK, Baumgartenweg 3, 4123 Allschwil
 - Bruno Steiger, Präsident SD, Binneringerstrasse 9, 4123 Allschwil
 - Josua Studer, Präsident SVP, Burgfelderweg 10, 4123 Allschwil

288 01.032.005 Umweltkommission

**Traktandum 7:
Bericht des Gemeinderates vom 20.06.2007 betreffend Ersatzwahl eines
Ersatzmitglieds der Umweltkommission für den zurückgetretenen Bruno
Steiger, SD-Fraktion, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis
30.06.2008), Geschäft 3736**

Bruno Steiger, SD-Fraktion: Ich schlage dem Rat für diese Ersatzwahl Josua Studer, Mitglied der SVP-Fraktion, vor.

Susanne Studer, Präsidentin, fragt an, ob es weitere Kandidaturen gibt. Dies ist nicht der Fall. Sie fragt an, ob der Rat etwas gegen eine stille Wahl einzuwenden habe. Dies ist auch nicht der Fall.

1. Josua Studer, SVP, wird in stiller Wahl als Ersatzmitglied der Umweltkommission gewählt.
2. **Mitteilung per Protokollauszug an:**
 - Josua Studer, Burgfelderweg 10, 4123 Allschwil, als Wahlanzeige
 - Peter Hauser, Präsident Umweltkommission, Oberwilerstrasse 101, 4123 Allschwil
 - Bruno Steiger, Präsident SD, Binneringerstrasse 9, 4123 Allschwil
 - Josua Studer, Präsident SVP, Burgfelderweg 10, 4123 Allschwil

Josua Studer, SVP-Fraktion: Es ist zwar nicht üblich, dass man bei dieser Gelegenheit redet. Aber ich möchte doch Bruno Steiger und den Schweizer Demokraten recht herzlich danken, dass sie da jetzt nicht lang gemacht haben, und dass wir doch eine relative Ruhe in dieses Geschäft bringen können. Wir haben das auch nicht begrüsst, dass das so gelaufen ist. Ich möchte nochmals kurz erwähnen, Sam Champion war ja gewählt worden, er durfte Einsitz nehmen im Rat, und damit ist er ja richtig offiziell willkommen hier drinnen. Und deshalb hatten wir auch nie eingesehen, warum er nicht sollte in einer Kommission mitwirken dürfen. Und das wäre jetzt auch nicht so eine Riesensache gewesen, wenn Sie ihm die Stimme gegeben hätten. Aber dem Frieden zuliebe, sozusagen, wie es in der BaZ hiess, als Brückenbauer, haben wir uns bereit erklärt, die zusätzliche Arbeit auf uns zu nehmen. Ich hoffe – es sind ja drei Ersatzmandate – dass wir von denen nicht Gebrauch machen müssen, denn wir sind sonst auch

selber hinreichend beschäftigt. Es ist ja Wahlkampf, zuerst Nationalrat und Ständerat, und dann schon gleich einmal Gemeindewahlen, und deshalb sind wir nicht böse, wenn wir nicht noch mehr Arbeit bekommen. Drum hatten ja auch Bruno Steiger und Max Amsler diese Ämter abgegeben, weil sie auch sonst genug Arbeit haben. Und ich bedanke mich recht herzlich, dass Sie diesen Wahlvorschlägen Folge geleistet haben.

289 01.181 Wirkungsorientierte Verwaltungsführung / Allwo

Traktandum 8:

Bericht des Gemeinderates vom 22.08.2007 betreffend Leistungspostulate pro 2008; Stellungnahme und Anträge des Gemeinderates, Geschäft 3739
Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 02.09.2007 zu den Leistungspostulaten 2008, Geschäft 3739A
Stellungnahme der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 22.08.2007 zu den Leistungspostulaten 2008

Susanne Studer, Präsidentin: Ich habe einen Verfahrensvorschlag ans Parlament. Zuerst verlesen wir den Bericht der FiReKo zu den Leistungspostulaten und behandeln jedes einzelne Leistungspostulat. Ist das Parlament damit einverstanden?

Die Präsidentin stellt Zustimmung fest.

Felix Keller, 1. Vizepräsident, verliest die von der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vorgelegte Stellungnahme vom 22. August 2007 zu den Leistungspostulaten:

„Als Folge der Anregung von Dr. Ivo Corvini an der September 2007-ER-Sitzung, die Leistungspostulate jeweils von der GPK und/oder FiReKo behandeln zu lassen, haben wir, d.h. der damalige ER-Präsident Ch. Morat, der ER-Sekretär A. Weis, der GPK-Präsident, Th. Pfaff und ich uns getroffen, um über die Tunlichkeit dieses Vorschlages zu beraten. Das Resultat der damaligen Diskussion war, dass die Leistungspostulate – analog zu den Leistungsberichten – prinzipiell durch die GPK zu behandeln sind. Die GPK wiederum würde – falls notwendig – die FiReKo um eine Stellungnahme bitten. Mit Schreiben vom 1. Juni 2007 teilt nun das ER-Büro mir (mit Kopie an Th. Paff, Präsident GPK) mit, dass dieses Jahr versuchsweise beide Kommissionen – GPK und FiReKo – die Leistungsberichte zu behandeln hätten.

Gemäss Protokoll der ER-Sitzung vom 19. Juni 2007 teilte Ch. Morat dem ER mit: „Das Büro des Einwohnerrates hat der FiReKo den Auftrag erteilt, die Leistungspostulate auf die Kostenrelevanz zu prüfen.“

Die FiReKo hat diese Prüfung an ihrer Sitzung vom 20. August 2007 vorgenommen und stellt fest, dass zu keinem einzigen der 8 Leistungspostulate Aussagen zur Kostenrelevanz gemacht werden können. Deshalb erübrigt sich ein Bericht der FiReKo an den Einwohnerrat.“

Thomas Pfaff, Präsident der Geschäftsprüfungskommission: Ein Leistungspostulat hat zum Ziel, ein Leistungsziel oder ein Wirkungsziel neu zu definieren, oder ein bisheriges abzusetzen, oder ein bisheriges zu verändern. Des Weiteren kann ein Leistungspostulat auch auf die einzelnen Indikatoren eingehen, die zur Messung der Zielerreichung dieser Leistungs- und Wirkungsziele gesetzt sind. Auch diese kann man neu setzen, verändern oder streichen. Wenn wir anschauen, was für Leistungspostulate eingereicht worden sind, dann definieren diese nicht gerade explizit, wie ein neues Leistungs- oder Wirkungsziel wortwörtlich heissen soll, sondern es ist eingereicht worden in Form einer Umschreibung, wo es dann heisst „Der Leistungsauftrag 271 ist so zu gestalten, dass...“, und dann kommt eine Umschreibung, wie das aussehen soll, wobei das teilweise schon recht präzise, fast wortwörtlich umgesetzt werden kann. Oder aber es wird ein Auftrag anstelle eines Zieles gesetzt – da gibt es zum Beispiel die Variante „Die Projektgruppen x und y soll dies oder das machen“. Ich sage das deshalb, weil es zeigt, dass wir immer noch in der Anfangsphase sind, wir sind immer noch daran, uns einzuleben in eine neue Form der wirkungsorientierten Verwaltungsführung. Es müsste das Ziel sein, in den kommenden Jahren viel präziser zu deklarieren, welches Leistungs- oder Wirkungsziel wie verändert werden soll. Selbstverständlich ist es möglich - falls man die Detailkenntnis nicht hat, so wie es jetzt vorliegt - dies umschreibend abzugeben. Der Postulant riskiert aber dann, dass der Gemeinderat dies in seinem Sinn interpretiert. Wer also sein Ziel präzise formuliert haben will, der muss es selber ausformulieren. Ich werde jeweils zu den einzelnen Leistungspostulaten gegebenenfalls nochmals das Wort ergreifen.

://:

Eintreten wird beschlossen.

290 01.181 Wirkungsorientierte Verwaltungsführung / Allwo
01.024 Wahlbüro

**Leistungspostulat 3739.1; SVP-Fraktion, Josua M. Studer betreffend
Produktgruppe: 500 Einwohnerdienste – Sicherheit / Leistungsauftrag: 190
Wahlen und Abstimmungen; Aufhebung des Wahllokals Bettenacker per
30. Juni 2008**

Josua Studer, SVP-Fraktion: Ich habe ein Leistungspostulat eingereicht, mit dem ich eine Leistung gestrichen haben möchte. Und zwar, wie Sie sehen, haben wir drei Wahllokale, und die Benützung der Wahllokale ist allgemein sehr, sehr gering. Heutzutage stimmen ja über 90 Prozent brieflich ab, und das hat auch seinen Grund. Schliesslich ist es sehr bequem, man muss sich an keine Öffnungszeiten halten, man muss einfach schauen, dass man den Abgabetermin nicht verpasst. Jetzt ist gerade erst das politische Recht im Kanton Baselland geändert worden, und das heisst, man kann jetzt sogar länger einwerfen; und man hat ja, gemäss Aussagen aus dem Wahlbüro, bereits gespürt, dass noch mehr Leute so abstimmen. Die Zahlen des Wahllokals Bettenacker lassen also wirklich zu wünschen übrig, und wenn man überlegt, was es alles braucht, damit die Infrastruktur dort betreut werden kann, so finde ich, man könnte da recht einsparen. Der Gemeinderat schreibt zwar in seiner Stellungnahme, man könne lediglich zwischen 500 und 700 Franken einsparen. Doch erstens zweifle ich an, dass es nur 500 bis 700 sind, und handkehrum muss ich sagen: was heisst „nur“? 500 bis 700 ist schon einmal eine Menge Geld. Wenn wir ein paar Mal diesen Betrag einsparen, dann haben wir einen rechten Batzen beisammen. Und wir wissen alle, wie die Finanzen in Allschwil stehen. Und ich weiss nicht, wieso es „nur“ zwischen 500 und 700 nicht wert sein soll, dass man das Lokal schliessen würde. Weiter heisst es, dieses Leistungspostulat sei der falsche Weg, ich müsse eine Motion einreichen, denn im Gemeindereglement sei umschrieben, dass wir diese Lokale hätten, und somit verpflichtet seien, sie zu betreiben. Ich sehe das ein wenig anders. Wenn ich mir das Reglement vornehme, dann lese ich darin nur, es seien drei „Wahlbüros“ zu wählen à 7 Mitglieder. Da steht nichts von „Lokalen“. Und ich habe mir erlaubt, auf der Landeskantlei nachzufragen, wie sich das genau verhält mit der Bezeichnung „Wahlbüro“, ob da ein „Wahllokal“ dazugehört, und die Antwort war ganz klar: „Wahlbüro ist nicht räumlich gemeint“, das heisst man muss nicht zwingend ein Wahllokal dazu haben. Das ist einfach eine Gruppe, die zusammengestellt ist und Arbeiten im Wahlbüro übernimmt, und, wenn es nötig wäre, ein Wahllokal betreiben könnte. Das heisst, die politischen Rechte schreiben vor, die Gemeinde hat mindestens ein Wahllokal zu betreiben à 5 Mitglieder. Also 5 Mitglieder – wir sind sogar höher und haben 7, das mal 3 macht 21 – also wir erfüllen das. Wir haben ein Wahllokal, auch wenn wir zwei schliessen würden – und ich habe bisher nur gewünscht, dass wir eines zumachen. Aber in der Zwischenzeit, als dieses Leistungspostulat diskutiert wurde, ist von verschiedener Seite sogar die Idee aufgekommen, man könnte alle bestehenden zumachen und neu ein einziges – und zwar in der Gemeindeverwaltung – betreiben. Das hätte mehrere Vorteile. Mir wurde gesagt, drüben im Schulhaus ist ja das Wahlbüro-Hauptbüro, da muss immer verkabelt werden. Es müssen Verbindungen für E-Mail-Versand und Web-Zugang abgecheckt werden mit dem Gemeindegebäude. Wenn man alles zentral einrichten würde, dann würde das entfallen. Und wir wissen ja ganz genau, dass die Wahlen sowieso dort ausgezählt und ausgerechnet werden, dann könnte man auch die Abstimmungen dort machen; ich sehe da überhaupt kein Problem. Und aufgrund dieser Ausführungen halte ich an meinem Leistungspostulat fest. Ich bitte Sie darum, dass wir das überweisen, denn das ist absolut kein Problem, es braucht auch gar keine Abstimmung, die, wie da ins Feld geführt wird, weiss ich wie viel kosten würde. Und wenn es wirklich so sein sollte, dass wir in unseren Reglementen so fixe Sachen festgeschrieben haben, dann müssen wir verdammt gut aufpassen, was wir alles noch in den Reglementen haben; und wenn wir eines überarbeiten, dann sollten wir derartige Sachen hinauskippen und in eine Verordnung hineintun. So können wir einige Abstimmungen umgehen. Reglemente sollen eine Grundbasis sein und nicht alles festschreiben. Und nochmals: Es heisst „Wahlbüros sind zu wählen“ und nicht „Wahllokale sind zu betreiben“. Das politische Recht des Kantons sagt „ein Wahlbüro“, also „ein Wahllokal“, und das haben wir. Also wenn wir eines zumachen, dann haben wir noch zwei, und wenn wir das andere auch noch zumachen – das kann man ja sonst einmal aufs Tapet bringen – dann könnten wir viel, viel Geld sparen. Dann hätten wir nämlich das doppelte Geld „nur“ gespart.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident: Der Gemeinderat lehnt dieses Leistungspostulat ab. Und zwar ist es eine ganz einfache Frage: Wir reden vom „Kosten – Nutzen“- , und in dem Fall auch vom „Nutzen – Ärger-Verhältnis“. Wir sind der Meinung, dass, aus dem Gedanken der direkten Demokratie heraus, die Schliessung eines der drei Wahllokale bei der Bevölkerung nicht auf Gegenliebe stossen würde. Es ist klar, dass eine Menge brieflich abgestimmt wird; es ist aber eben so klar, dass gerade Leute, die neu an die Urne gehen, auch wirklich an eine Urne gehen wollen, und dass sie auch in ihrem Quartier eine Urne haben möchten. Wir sind mit dieser Meinung nicht ganz alleine. Es ist nämlich schon hundertmal diskutiert worden, muss ich sagen. Diese Diskussion, dieser Pfad ist ziemlich ausgetreten. Wir haben das gemacht mit der Gemeindeordnung; am 11. November 1998 ist das Thema intensiv diskutiert worden, und da war immer klar die Rede von „Wahllokalen“ als Standorten und einem Wahlbüro, das zentral auszählt. Und der Einwohnerrat war immer klar für drei Standorte für drei Wahllokale. Wir haben dann auch schon im Einwohnerrat Vorstösse gehabt – eine Motion der GPK vom 18. Oktober 2000 – wobei das Thema aber auch abgelehnt wurde hier bei uns im Rat. Und letztmals mit einem Bericht des Gemeinderats vom 4. Juli 2006 ist das Ganze auch nochmals aufs Tapet gekommen im Zusammenhang mit Gesetzesrevisionen im Kanton, und wir sind der Meinung, auch damals ist das Thema breit ausdiskutiert worden. Ich möchte also klar festhalten: Unsere Gemeindeordnung ist schlank. Modern und äusserst schlank. Es ist klar von drei Wahllokalen die Rede, diskutiert worden ist das immer im Sinne von drei Standorten. Der Einwohnerrat hat sich mehrfach für diese drei Standorte entschieden. Und letztendlich - und das hat sich mir auch gezeigt im Bericht der GPK - dass wir doch noch ein wenig Probleme haben mit diesen Leistungspostulaten. Es wäre in der Tat eine Motion auf Abänderung der Gemeindeordnung, die eingereicht werden müsste, verbunden mit einer Volksabstimmung – obligatorisch, wenn es um die Gemeindeordnung geht – und da sind wir auch der Meinung, dass dies jetzt zu machen doch schon ein bisschen viel verlangt wäre, unabhängig von den Kosten; aber eine Volksabstimmung zu diesem Thema, das, denken wir, geht ein bisschen weit. Wir werden, wenn ich noch rasch den Gedanken von Thomas Pfaff als Präsident der GPK aufnehmen darf, uns Gedanken machen, wie wir von der Gemeinde aus Support leisten können bei der Erarbeitung der nächsten Leistungspostulate. Denn wie gesagt, wir haben festgestellt, es ist in der Tat nicht einfach, Leistungsziele, Wirkungsziele und dann noch sinnvolle Indikatoren selber zu formulieren; und wir werden schauen, ob wir da eine Lösung finden. Aber zu dem Thema selber: Wir lassen uns da weniger von den Kosten leiten, als vom Demokratieverständnis, welches sich schon mehrfach manifestiert hat.

Thomas Pfaff, Präsident GPK: Es ist eine Auslegungssache, ob nun Wahlbüro gleich Wahllokal ist. Laut den Nachforschungen sind das offenbar für die Landeskantlei zwei verschiedene Sachen. Wenn man die Historie anschaut, dann muss man davon ausgehen, dass das hier in Allschwil als gleichwertig interpretiert werden muss. Insofern gilt da der Grundsatz „Wo kein Kläger, da kein Richter“. Von daher könnte man diesem Leistungspostulat zustimmen; dann würde es sich ja herausstellen, ob jemand dagegen Klage erheben würde, und dann erst hätte man die Antwort. In der GPK ist der Vorschlag als solcher diskutiert worden, und die GPK war einhellig der Meinung, dass das ja eigentlich nur die halbe Lösung ist. Also wenn schon, dann geht man richtig über das Thema und peilt allenfalls so etwas an, wie es vorhin Josua Studer angetönt hat mit nur noch einem Wahllokal. Auch aus diesem Grund empfiehlt die GPK die Ablehnung dieses Leistungspostulats und ladet gleichzeitig den Postulanten ein, gleich eine umfassende Lösung zur Diskussion zu stellen, bzw. allenfalls dem Gemeinderat einen entsprechenden Auftrag zur Prüfung zu geben.

Bruno Steiger, SD-Fraktion: Ich war vor Jahren auch einmal im Wahlbüro und unter anderem auch im Wahlbüro Bettenacker, das liegt schon ein paar Jahre zurück, und in der Zwischenzeit ist ja die Möglichkeit zum brieflichen Stimmen aufgekommen – abstimmen und wählen. Also wie gesagt, wenn man das genau anschaut, dann haben wir uns zwei oder drei Stunden, ich weiss es nicht mehr genau, ein Loch in den Bauch hineingestanden - drei Leute, die von der Gemeinde bezahlt werden, das ist ja die bestbezahlte Kommission vom Stundenlohn her - am Samstag und am Sonntagmorgen, und da sind manchmal allenfalls drei bis vier Leute gekommen und haben ihre Abstimmungszettel in die Urne gelegt. Und von dem her ist das ja ein Wahnsinnsaufwand, wenn man da mal Aufwand und Ertrag anschaut; und wie gesagt, Josua Studer schreibt ja auch in seinem Vorstoss, ganz in der Nähe ist ja auch das Hauptwahlbüro, und von daher ist das ein zumutbarer Weg, das Stückchen zu laufen. Womit ich nicht einverstanden bin: Toni Lauber hat ja vorhin wegen dem Demokratieverständnis Werbung gemacht, hör zu, Toni Lauber, das ist keine Einschränkung der direkten Demokratie, wenn man ein Wahllokal, das praktisch nicht frequentiert wird, zumacht. Absolut nicht, da musst du keine Angst haben! Es ist einfach ein bisschen eine heilige Kuh, oder. Wir haben ja, wie du es richtig gesagt hast, auch einmal einen Vorstoss behandelt seinerzeit, wo es auch um dieses Thema ging, und da kam man zu dem Schluss, dass man das Wahlbüro aufrecht erhält, das Wahllokal. Aber schaut jetzt, mit den Argumenten, mit denen du jetzt kommst, Toni Lauber – wieso kommt ihr mit Tempo 30? Dazu hat das Volk schon dreimal nein gesagt, und ihr kommt trotzdem wieder, und folglich hat Josua Studer das gute Recht. Und auch die, die finden, unnötig Auslagen zu machen auf Staatskosten - wenn man das Wahllokal zumachen kann, ohne

schlechtes Gewissen, ohne Nachteil, dann soll man das auch machen. Sonst stellt sich der Gemeinderat selber in Frage mit seinem Sparbewusstsein, das er angeblich immer an den Tag legt. Von dem her bin ich schon ein bisschen enttäuscht, dass der Gemeinderat da jetzt nicht einhängt und einmal sagt: So, jetzt wollen wir mal schauen, wie wir sinnvoll sparen. Es ist niemand da, der darunter leidet. Doch, allenfalls ein paar Parteistrategen, die vielleicht ein bisschen weniger Sackgeld verdienen, aber sonst passiert da nicht viel. Also, wie gesagt, das ist ein ganz guter Grund, und es spricht überhaupt nichts dafür, dieses Wahllokal aufrecht zu erhalten. Und von dem her, wenn ihr jetzt wirklich ernsthaft sagt, wir wollen unnötige Ausgaben streichen, dann stimmt bitte dem Vorstoss von Josua Studer so, wie er geschrieben und verfasst ist, zu. Sonst macht ihr euch selber unglaubwürdig.

Basil Kröpfli, SVP-Fraktion: Auch ich bin unmissverständlich für den Vorschlag von Josua Studer für dieses Leistungspostulat. Leider besteht jetzt ein wenig eine Uneinigkeit darüber, wie die Reglemente, resp. wie die Gemeindeordnung auszulegen ist, ob jetzt Wahlbüro räumlich, also als Wahllokal, gemeint ist oder nicht. Es ist Sache der Exekutive, die Reglemente zu interpretieren. Es gibt immer wieder solche Streitigkeiten. Die Exekutive hat das getan und es so interpretiert, dass das Wort „Wahlbüro“ gleich „Wahllokal“, also räumlich gemeint ist. Von daher könnten wir jetzt noch lange darüber diskutieren. Es bräuchte in diesem Fall eine Änderung der Gemeindeordnung, und das würde einer obligatorischen Volksabstimmung unterliegen. Mit anderen Worten, das ist mit Kosten verbunden; man hört die verschiedensten Beträge. Der Gemeinderat schreibt jetzt da von zwischen acht- und achtzehntausend Franken, teilweise heisst es fünftausend, teilweise heisst es 25'000 Franken. Aber es ist unbestritten, dass das Einsparungspotenzial mit der Schliessung eines Wahllokales – oder auch von zwei Wahllokalen – nicht wahnsinnig gross ist. Und dass es ein Verhältnisblödsinn ist, ich muss es so deutlich sagen, eine Volksabstimmung zu machen für 18'000 Franken, damit man dann ein paarhundert Franken einspart pro Jahr. Es braucht also x Jahre, bis das sich wieder amortisiert hat.

Ich fühle mich noch verpflichtet, jetzt meinen Hut als Einwohnerrat abzunehmen und den als Vizepräsident des Wahlbüros aufzusetzen, die Meinung des Geschäftsausschusses des Wahlbüros wiederzugeben und auch die der Wahlbüromitglieder selber. Wir haben das Leistungspostulat im Geschäftsausschuss relativ intensiv diskutiert und sind nicht zu einer einheitlichen Meinung gekommen. Der Präsident lehnt das unmissverständlich ab. Er will an drei Wahllokalen festhalten. Alles soll so bleiben, wie es ist. Die 1. Vizepräsidentin Verena Meschberger, die jetzt nicht anwesend ist, und ich sind aber unmissverständlich anderer Meinung, d.h. wir möchten das Wahllokal abschaffen, genau wie es der Postulant auch will. Am liebsten würden wir beide Wahllokale, die zu viel sind, abschaffen, und alles zentralisiert in einem Wahllokal auszählen. Da das aber offensichtlich nicht möglich ist ohne eine Reglementsänderung, haben wir uns gesagt, Verena Meschberger und ich, dass wir einfach ein Auge darauf legen, dass bei der nächsten Revision der Gemeindeordnung – ich weiss nicht, wann die stattfinden wird, ich weiss nicht, ob Frau Meschberger dann noch im Rat ist, ich weiss auch nicht, ob ich dann noch dabei sein werde – aber falls es soweit kommen sollte, dass wir dann ein besonderes Augenmerk darauf legen, dass dieses Ziel umgesetzt wird. Auch viele normale Mitglieder des Wahlbüros treten immer wieder an mich heran und sagen: Kann man da nicht etwas machen, es ist doch ein Verhältnisblödsinn etc., und ich muss ihnen Recht geben. Das ist keine typisch politische Frage, es geht nicht um mehr Staat oder weniger Staat, es geht nicht darum, ob man da etwas einsparen kann oder ob der Service public abgebaut werden soll; es ist schlicht und einfach eine Frage des gesunden Menschenverstandes. Es ist unsinnig, dass eine Gemeinde wie Allschwil mit 18'500 Einwohnern gleich viele Wahlbüros führt wie die Stadt Basel.

Sarah Lorenz, CVP-Fraktion: Eine Schliessung der Wahllokale ist im jetzigen Moment aus finanziellen Gründen nicht sinnvoll. Der finanzielle Aufwand für die drei Wahllokale während der Auszählungen ist zu gering, als dass sich eine Volksabstimmung zum jetzigen Zeitpunkt in der Höhe von ca. CHF 15'000.00 bis CHF 18'000.00 lohnen würde. Übrigens bin ich früher auch sehr viel zählen gegangen, und ich habe oft mehr als drei bis vier Leute gesehen, die da ihre Stimmzettel in die Urne legten. Die CVP-Fraktion schliesst sich der Meinung des Gemeinderates an. Im Moment erachten wir das nicht als sehr sinnvoll, wenn das zu einer Volksabstimmung kommt. Es ist nicht nur der finanzielle Aufwand, den wir nicht als sinnvoll erachten, sondern auch das Schliessen von einem oder zwei Wahllokalen. Es wäre dem Volk gegenüber nicht korrekt -- es würde keine einfache Sache werden -- und ich denke, dass es im Moment nicht der Zeitpunkt ist für so etwas. Bei einer Teilrevision einer Gemeindeordnung könnte man das vielleicht noch einmal neu in Betracht ziehen, wie man das handhaben will – wann die stattfinden wird, weiss ich auch nicht genau – aber wir sind im Moment für die Ablehnung dieses Leistungspostulats.

Jean-Jacques Winter, SP-EVP-Fraktion: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin ganz ausgesprochen der Meinung des Präsidenten des Wahlbüros. Wir reden immer wieder in der Politik von Bürgernähe, „auf die Leute zugehen“, „die Leute abholen“... Auch wenn es wenige sind – es sind Leute, die an unserem Gemeinschaftsleben in der Gemeinde teilnehmen. Man redet davon, man könne ja schriftlich abstimmen, und bald, heisst es, mit dem Internet. Wir haben ganz viele

Schichten in Allschwil, Altersschichten, die kein Internet haben, die nicht schriftlich abstimmen gehen, weil sie das gewöhnt sind. Das ist für sie ein Gang, der dazugehört zur politischen Aktivität. Und ihnen das wegnehmen – das kann nicht sein! Ich habe vorhin gehört, dass Bettenacker ganz nahe sei da vorne beim Lettenweg. Wenn ich es mir überlege – von der Keller-Reinigung her, dann ist die Distanz sehr weit. Es gibt ja Leute, die laufen noch. Apropos: Es ist übrigens vorhin gesagt worden: Ärger wegen Neu-Allschwil - das kann ich nur unterschreiben. Wir hatten mehr Ärger mit Neu-Allschwil, als wir wollten, damals, als die Post zuging. Ich kenne ganz viele Leute aus diesem Gebiet Neu-Allschwil. Die gehen jetzt zur Post – mit einem Brief, um den einzuwerfen oder das Porto dort zu holen – mit dem Tram! Ich kann diese Leute nennen. Der Brief ist einfach jetzt schlichtweg viermal teurer als damals, als die Post noch am Lindenplatz war – und das schleckt keine Geiss weg. Wenn wir also jetzt sagen: Die Leute sollen sich einfach darum bemühen zu gehen, dann machen wir einen riesengrossen Fehler. Unsere Leute im Quartier haben ein Recht nicht nur auf Wohnqualität, sondern auch darauf, dass man sie dort abholt, wo sie sind. Ich denke, der Ärger wäre sonst wirklich grösser als der Nutzen.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Ich möchte zuerst etwas zu Sarah Lorenz sagen: Du warst wortreich, aber nicht geistreich! Was du vorhin herausgelassen hast, hat nicht viel Sinn gegeben. Das kommt eben von „Parlament“ – parlare: viel schnurre und nüt sage. Ich weiss nicht, wo da das Problem ist. Wir haben zwei Poststellen in Allschwil, wir haben eine Musikschule in Allschwil, wir haben eine Gemeindeverwaltung und einen Jumbo. Und wenn ich jetzt den nächsten Jumbo ein bisschen näher haben möchte als der, der jetzt vorhanden ist, dann möchte ich den Lucius Cueni und die ganze Fraktion da drüben mal hören: Muss ein zweiter Laden sein!? Das gibt Mehrverkehr! Ich weiss nicht, wo das Problem ist. Alle Schülerinnen und Schüler, die noch klein sind und unerfahren, wie ihr immer sagt, gehen in eine Musikschule, die vorne bei der Kirche ist – egal wo sie daheim sind. Und jetzt will man da wegen 20 oder 25 Nasen, die sich seit Jahren gewöhnt sind, in ein Wahllokal zu gehen, das Trostpflästerchen hervorholen. Ich habe einfach wahnsinnig Mühe. Und im gleichen Quartier, so nahe davon weg, hat es ein anderes Wahllokal. Und jetzt müssen wir einfach etwas, das wir, ich sage jetzt mal, 40 Jahre gemacht haben, weitere 40 Jahre behalten? Man kann ja auch 40 Jahre lang etwas falsch gemacht haben. Toni Lauber hat diese Jahreszahlen erwähnt, als das zuletzt eingehend diskutiert wurde. 1998 wurde genannt. 98: das sind neun Jahre her! In neun Jahren ist so vieles gegangen, habt ihr vor neun Jahren so viel Bescheid gewusst über Internet und SMS und MMS, und, und, und? Es hat sich verändert, aber irgendwie ist es schon so, gewisse Sachen dürfen sich nicht verändern, gewisse nicht, aber alles andere soll sich verändern, je nachdem, wie man es anschaut. Und ich habe einfach Mühe. Und Bruno Steiger hat es richtig gesagt, die, die immer finden, man sollte wirklich an einem richtigen Ort sparen, die können es jetzt wirklich zeigen. Und Toni Lauber sagt, es müsse eine Abstimmung stattfinden, weil man immer davon gesprochen habe, es sei ein „Lokal“ gemeint - aber ob es wirklich so ist, ist noch die andere Frage. Und dann überweisen wir dieses Leistungspostulat, probieren es umzusetzen, und dann wissen wir, ob es wirklich gesetzlich ein Lokal ist, wie es in der Gemeindeordnung drinsteht.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident: Ich möchte ganz kurz zwei Sachen klarstellen. Ich habe ganz klar gesagt: Da mit den Kosten zu argumentieren, ist ein äusserst schwaches Argument. Ich glaube, wenn man auch das Arbeitspapier des Gemeinderates gelesen hat, dann kann man das nachvollziehen. Die Kosten können hier unmöglich den Ausschlag geben und ein Argument sein. Und mir ist wichtig, hier klar zu deponieren, dass der Gemeinderat äusserst kostenbewusst ist. Und es ist fast ein bisschen wehmütig, kommt es mir vor, wenn das Kostenbewusstsein des Gemeinderates ausgerechnet an diesem banalen Thema diskutiert wird. Zum anderen möchte ich noch sagen: Tempo 30 ist überwiesen worden. Der Gemeinderat ist beauftragt worden vom Einwohnerrat. Bruno Steiger, falls du das vergessen hast: Tempo 30 wieder anzugehen, war ein Vorstoss von Hanspeter Frey. Und wir berücksichtigen immer den Volkswillen, auch bei diesem Thema.

Siro Imber, FDP-Fraktion: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde gerne den Ordnungsantrag auf Schluss der Rednerliste stellen.

Die Präsidentin, **Susanne Studer**, lässt über den Ordnungsantrag Siro Imber abstimmen.

://:

Der Ordnungsantrag wird gutgeheissen.

Die Präsidentin stellt fest, dass noch diejenigen an die Reihe kommen, die auf der Rednerliste stehen.

Alice Märky, FDP-Fraktion: Ich möchte das tatsächlich nicht auch noch verlängern; es ist so viel gesprochen worden, und wie auch Toni Lauber sagte, es ist schon mehrmals im Rat behandelt worden. Ich denke, es ist auch deswegen behandelt worden, weil es ein Bedürfnis war, weil das Lokal nicht so stark

frequentierte wird. Aber wenn die Gemeindeordnung einmal verändert wird, finde ich, dass man das dann berücksichtigt und dann nochmals nachfragt, ob so viele Wahllokale tatsächlich nötig sind. Aber jetzt im Moment, würde ich sagen, sollten wir uns dem Gemeinderat anschliessen.

Christoph Morat, SP-EVP-Fraktion: Meine Wortmeldung hat sich mit dem Antrag Siro Imber erledigt. Ich wollte auch den Ordnungsantrag stellen, das ist nun schon geschehen. Was ich einfach noch sagen möchte. Josua Studer: Hier drinnen hat jeder das Recht, irgendetwas zu sagen, und persönliche Verunglimpfungen von Ratsmitglieder/innen und Mitgliedern sind doch bitte zu unterlassen oder auf die Pause zu verschieben.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Liebe Anwendende, Herr Studer! Ich finde genau das gleiche, was Christoph Morat sagte. Im Rat sollte man doch einen Umgangston pflegen und sich respektieren. Und wenn halt einmal jemand etwas nicht so sagt, wie man das selber gesagt hätte, dann sollte man das akzeptieren und nicht gerade schlechtmachen. Im Übrigen redet Herr Josua Studer selber auch ganz viel, und ob alles davon immer so sinnvoll ist, das kann man sich fragen.

Barbara Selinger, SP-EVP-Fraktion: Ich kann mich auch meinen zwei Vorrednerinnen und Vorrednern anschliessen. Einfach noch ein ganz winziges Anhängsel: Ich fühle mich unendlich geschmeichelt, wenn Josi Studer mich mit einem kleinen Musikschüler vergleicht.

Die Präsidentin, **Susanne Studer**, lässt abstimmen:

://:

Das Leistungspostulat, SVP-Fraktion, Josua M. Studer betreffend Produktegruppe: 500 Einwohnerdienste – Sicherheit; Leistungsauftrag: 190 Wahlen und Abstimmungen, Aufhebung des Wahllokals Bettenacker per 30. Juni 2008 wird mit 24:7 Stimmen abgelehnt.

291 01.181 Wirkungsorientierte Verwaltungsführung / Allwo
12.220 Freizeit/Sport/Grünanlagen; Betrieblicher Unterhalt

Leistungspostulat 3739.2; SP/EVP-Fraktion, Lucius Cueni, betreffend Produktegruppe: 200 Tiefbau – Umwelt / Leistungsauftrag: 271 Freizeit- / Sport- / Grünanlagen; (Verwendung standort-heimischer Pflanzenarten in Aussen- und Parkanlagen)

Lucius Cueni, SP-EVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, ich habe ein Leistungspostulat eingereicht mit dem Antrag, dass der Leistungsauftrag 271 so zu gestalten ist, dass Aussen- und Parkanlagen, und eben namentlich auch die zahlreichen Rabatten, vermehrt mit standort-heimischen Pflanzen bepflanzt, resp. besät werden sollten. Es ist ein unausformuliertes Postulat, weil ich mich nicht getraut habe, die Anzahl Blumen anzugeben. Ich habe darum das Ziel „vermehrt“ angegeben. Der Gemeinderat lehnt dieses Leistungspostulat ab mit der Begründung, dass diese Anlagen durch Farbtupfer verschönert werden. Meine Damen und Herren, ich habe auch Freude an Farbtupfern. Aber einheimische standortgerechte Pflanzen sind auch farbig. Ich habe einen Suchauftrag eingegeben auf einer Website der Wildpflanzen-Informationsstelle, und habe „Allschwil“ eingegeben. Wir sind diesbezüglich in der Region „Mittelland-Ost“, habe die Höhe eingegeben, habe ferner eingegeben, was es für ein Standort sein sollte, nämlich „Pflanzentröge/Balkon“ beispielsweise und „Ziergarten-Beet“; und ich fand bei „Pflanzentröge/Balkon“ 59 Arten, die man verwenden kann, bei „Ziergarten-Beet“ sogar 124, die geeignet wären. Apropos Farbtupfer, da hat es Arznei-Thymian, der rosa ist, das Feldstiefmütterchen, das violett, gelb und weiss ist, wir haben eine Kugelblume, die blau ist... Ich lese jetzt nicht alle herunter. Man muss keine Angst haben, wenn ich verlange, dass standortgerechte Pflanzen verwendet werden, dass man schlussendlich eine Wüste haben wird. Standortgerechte Bepflanzung kann auch schön sein und ist schön. Ich merke aus der Beantwortung oder der Stellungnahme des Gemeinderates eine gewisse Angst. Man hat Angst, man wolle nicht rund um die Weltkugel im Gemeindepark eine ähnliche Flora haben wie in den Wegmatten hintendran. Ich auch nicht! Ich auch nicht, meine Damen und Herren, das ist nicht der Sinn dieses Postulats. Ich möchte auch nicht, dass rings um die Weltkugel im Gemeindepark eine Flora ist wie auf dem Kreisel Fabrikstrasse/Binningerstrasse. Das will ich auch nicht. Also von daher muss man keine Angst haben. Ich verlange ja auch „vermehrt“. Der Gemeinderat fügt dann noch an, dass die standort-heimischen Pflanzen hauptsächlich im Frühling blühen. Ich kenne exotische Pflanzen, die von den Gemeindegärtnern in Allschwil gebraucht werden, die gar nicht blühen. Wie zum Beispiel eine Bananen-

palme, die schafft es nicht zu blühen. Ich habe auf dieser Website weiter danach gesucht, wann denn die einzelnen Blumen blühen. Ich kann Ihnen sagen, eine Ringelblume blüht vom April bis in den Dezember, und ein Feldstiefmütterchen zum Beispiel sogar ab März. Das heisst, nur im Januar/Februar wäre es vielleicht nicht so grün, äh, farbig; aber dann, in diesen zwei Monaten, kann man ja durchaus auch auf exotische Pflanzen zurückgreifen. Ich möchte also nochmals die Angst davor nehmen, dass es mir darum gehe, dass in diesen Rabatten Ruderalflächen entstehen sollen, das ist also nicht die Meinung. Was ich möchte, ist, dass man vermehrt standort-heimische Pflanzen berücksichtigt, so wie das der Gemeinderat auch weiter unten schreibt, und dass es eine Ausnahme sein sollte, exotische Pflanzen zu benutzen. Ich bin erfreut, dass die Geschäftsprüfungskommission probiert hat, meine Gedanken zu deuten und einen Vorschlag gebracht hat, wie man das verstehen könnte. Ich kann da dahinterstehen, das ist ähnlich wie das, was ich möchte, und wie gesagt, ich bin nicht dafür, dass es ausnahmslos heimische Pflanzen sein müssen, aber eben vermehrt, und dass es eine Ausnahme ist, wenn exotische Pflanzen gepflanzt werden. Ja, ich habe jetzt hoffentlich den Zweiflern die Angst genommen, dass es in Zukunft aussieht wie in der Ziegelei im Allschwiler Gemeindepark, wenn man das Postulat annimmt, und ich empfehle doch dringend, im Sinne der ökologischen Ansprüche diesem Postulat zuzustimmen. Andere Städte können das auch, wie zum Beispiel Basel und Rheinfelden.

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Tiefbau-Umwelt: Geschätzte Präsidentin, werte Damen und Herren! Unsere Mitarbeiter, die Gärtner-Equipe, sind sehr bemüht, die Beblumung dem Wunsch der Bevölkerung entsprechend zu gestalten. Deswegen möchte ich eigentlich nicht zu grosse Vorschriften im Detail haben, sondern ich möchte Sie bitten, das Postulat abzulehnen, damit unsere Gärtner-Equipe hier freie Hand behält.

Thomas Pfaff, GPK-Präsident: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich verweise auf die Ausführungen, die wir in unserem Bericht gemacht haben. Die Formulierung, wie wir sie sehen, ist „bei Park- und Aussenanlagen werden nach Möglichkeit standort-heimische Arten berücksichtigt“. Die GPK empfiehlt Ihnen mehrheitlich die Annahme des Postulats.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Frau Präsidentin, liebe Anwesende! Die Blumenrabatten in unserer Gemeinde sind für ganz viele Leute eine Freude. Sie werden jedes Jahr farblich neu zusammengesetzt, und auch die Blumenpflanzen sehen immer wieder anders aus. Der Wunsch von Lucius Cueni, dies nur mit einheimischen Pflanzen zu machen, könnte diese Vielfalt verringern. Ich glaube auch, dass die Gärtner der Gemeinde sicher nicht nur exotische Pflanzen verwenden, um unsere Rabatten zu erfreuen. Sie mischen sicher mit einheimischen und anderen. Aber in erster Linie sind wir der Meinung, man müsse es diesen Gärtnern überlassen, was sie da anpflanzen und wie sie es farblich zusammensetzen, denn es muss ja vielen Leuten gefallen und nicht nur ein paar. Und wir sind eigentlich dagegen, dass man alles reglementiert. Wir finden, gewisse Sachen und Freiheiten sollten diese Gärtner haben, damit sie sich auch kreativ betätigen können. Das ist vielleicht eine der einzigen Möglichkeiten, wo sie ihre Kreativität auch wirklich ausleben können. Danke.

Max Amsler, SD-Fraktion: Geschätzte Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen vom Einwohnerrat! Ich möchte jetzt wirklich zuerst einmal dieser Gärtnerei ein Kränzlein winden. Also wenn man sieht, wie die das pflegen, wenn Sie allein nur an der Ziegelei schauen, wie sie da gearbeitet haben, mit Fingerspitzengefühl diese Pflanzen gesetzt haben, dann ist das etwas Schönes zum Zuschauen, und ich war nicht alleine. Es sind eine Menge Leute stehen geblieben, als sie das gemacht haben. Und es sind auch andere Orte so. Lassen wir doch diese Leute jetzt wirklich einmal in Ruhe, wir haben hier ja nicht eine Naturstunde, sondern wir haben Einwohnerrat. Und zweitens möchte ich sagen, dass wir das wirklich ablehnen und die Gärtner arbeiten lassen sollen, wie sie bis jetzt gearbeitet haben, und zwar super; und wie sie ganz tolle Blumen gesetzt haben, an denen alle Freude haben.

Lucius Cueni, SP-EVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, ich muss noch schnell antworten auf das Votum von Mathilde Oppliger. Ich fände es schade, wenn dieses Postulat abgelehnt würde nur wegen der Rabatten. Es geht um Grün- und Aussenanlagen. Die Rabatten spielen nur eine marginale Rolle. Gerade wenn man die Stellungnahme des Gemeinderates liest, sieht man, dass 77'000 Quadratmeter – ohne Sportanlagen und Friedhof – von der Gemeinde unterhalten werden, und dass nur 1'800 Quadratmeter Rabatten sind. Also die Tragweite dieses Postulats möchte ich auf die 77'000 qm verstanden haben, und nicht auf die 1'800 Quadratmeterlein der Rabatten. Drum schreibe ich auch „vermehrt“. Ich verurteile es ja nicht, wenn jemandem das gefällt. Es geht mir darum, dass vermehrt einheimische Pflanzen gepflanzt werden, um dem ökologischen Anspruch gerecht zu werden. Wenn jetzt auf ein paar Quadratmetern halt exotische Pflanzen gepflanzt werden, dann stört mich das nicht. Darum geht es in diesem Postulat nicht. Wenn wir es aber ablehnen, dann haben wir das, was wir eigentlich wollen, und was bisher niemand kritisiert hat, nämlich dass man aussen um die Parkanlagen herum eher standort-heimische Arten pflanzen soll – das haben wir dann nicht. Und es wäre schade, wenn man 77'000 qm nicht so bepflanzt hätte, wie

wir das eigentlich wünschen, dafür haben wir die 1'800 so bepflanzt, wie wir das eigentlich möchten. Darum, muss ich irgendwie sagen, muss man ein bisschen abwägen, worum es eigentlich geht. Und wie gesagt, es entsteht keine Wüste, nachdem man das Postulat angenommen hat. – Zu Herrn Amsler sage ich nichts.

Alice Märky, FDP-Fraktion: Ich verstehe das Anliegen von Lucius Cueni sehr gut. Aber man kann irgendwie dem Gemeinderat doch nicht vorschreiben, was er da zu machen hat, und ihm das Postulat überweisen; und die Gärtner brauchen doch auch eine gewisse Autonomie. Aber es wäre vielleicht ein Vorschlag, dass Lucius Cueni den Gärtnern einmal eine Liste dieser Pflanzen könnte zukommen lassen, also einheimische, die blühen. Vielleicht wäre ein Gärtner ja grad froh, wenn er solche Tipps bekäme von jemandem, der auch Fachmann ist. Das könnte ich mir gut vorstellen.

Jean-Jacques Winter, SP-EVP-Fraktion: Geschätzte Damen und Herren, Frau Präsidentin! Es geht nicht um Biologie. Es geht um Sprache: „nach Möglichkeit“! Niemand sagt: „Es muss“! Sucht so viel wie möglich zu kombinieren, damit es Pflanzen sind, die hier standortgerechte hingehören. Machen wir noch ein wenig Mathematik: Was macht das aus, nach Möglichkeit noch ein paar Pflanzen mehr anzupassen, die hierher gehören. Ich finde es total lässig, dass Leute stehen bleiben und beachten, ins Auge nehmen und spüren, was Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinde, vom Werkhof machen. Sensationell! Auch wir schauen manchmal zu, was da geleistet wird, und nicht einfach nur, ob es rot oder blau ist. Sie schauen halt vielleicht auch ein bisschen, was sie machen, die Tätigkeit ist wichtig. Wenn jetzt da Pflanzen ein bisschen anders sind, nämlich die sind, die unsere Grosseltern noch kannten, und die immer da gewesen sind, dann ist das etwas ganz Schönes, und gar nichts dran zu motzen. Neben dem Auge gibt es noch etwas anderes. Die standortgerechten Pflanzen, sind eine Grundlage für eine Nahrungskette. Es fängt bei Insekten an. Die fremden, die zugezogenen sind keine Futterquelle für unsere Insekten, die hier sind – ausser für Spinnen, die das ganze ein wenig „verbüschle“. Dann kommt der Vogel, und, und, und. Und irgendwann kommt auch unser Auge, das ist ja lässig. Drum meine ich, es geht darum, „nach Möglichkeit“ – und nicht irgendetwas Verrücktes zu machen.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte den Antrag stellen auf Abbruch der Diskussion, und zwar aus folgendem Grund: Herr Cueni hatte meiner Meinung nach ausreichend Gelegenheit, seinen Standpunkt zu begründen. Andere müssen sich eine Meinung bilden, seine Meinung ist klar. Und ich befürchte, dass wir in einem Monat, an der nächsten Sitzung, und des Längeren über genau das Gleiche unterhalten werden, und zwar im Zusammenhang mit der Zonenplanrevision. Dort hat Herr Cueni ebenfalls eine ganze Menge Anliegen, die in die gleiche Richtung gehen.

Die Präsidentin, **Susanne Studer**, lässt über den Ordnungsantrag Dr. Guido Beretta abstimmen.

://:

Der Ordnungsantrag wird gutgeheissen.

Die Präsidentin stellt fest, dass noch diejenigen an die Reihe kommen, die auf der Rednerliste stehen.

Christoph Morat, SP-EVP-Fraktion: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was Lucius Cueni da verlangt, ist ja nichts anderes, als dass das gleiche Recht für alle gelten soll. In jeden Quartierplan haben wir bis jetzt hineingeschrieben, dass Private standort-heimische Pflanzen verwenden müssen. Und zwar geht es dort ebenfalls um Bäume und um Büsche. Es ist doch komisch, wenn die Gemeinde Allschwil plötzlich bei sich selber, bei den eigenen Anlagen, nicht als Vorbild vorangehen kann, und handkehrum schreiben wir guten Steuerzahlern, die auch weitere gute Steuerzahler nach Allschwil bringen, vor, sie hätten in ihren privaten Anlagen gefälligst standort-heimische Pflanzen zu setzen und zu betreiben. Das ist vielleicht mit einem gewissen Aufwand verbunden, aber ich denke mir, es lohnt sich, sonst hätte man das nicht in jeden Quartierplan hineingeschrieben, an dem ich bis jetzt mitgearbeitet habe, und darum möchte ich euch wirklich beliebt machen: Gleiches Recht für alle! Und es geht wirklich um die grosse Masse von irgendwelchen Thujas oder irgendwelchen Forsythien, die nicht von hier sind, und die absolut blind und taub in der Gegen herumstehen, denn kein Insekt geht an solche Pflanzen, achtet einmal darauf. Sondern es geht darum, dass man wirklich standort-heimische Pflanzen, das heisst das, was hier integriert ist, verwendet. Und darum bitte ich euch, diesem Postulat zuzustimmen, so dass gleiches Recht für alle herrscht.

Die Präsidentin lässt über das Leistungspostulat abstimmen.

://:

Das Leistungspostulat, SP/EVP-Fraktion, Lucius Cueni, betreffend Produktgruppe: 200 Tiefbau – Umwelt, Leistungsauftrag: 271 Freizeit- / Sport- / Grünanlagen (Verwendung standort-heimischer Pflanzenarten in Aussen- und Parkanlagen) wird mit 15:14 Stimmen abgelehnt.

292 01.181 Wirkungsorientierte Verwaltungsführung / Allwo
12.220 Freizeit/Sport/Grünanlagen; Betrieblicher Unterhalt

Leistungspostulat 3739.3; SP/EVP-Fraktion, Lucius Cueni, betreffend Produktgruppe: 200 Tiefbau – Umwelt / Leistungsauftrag: 271 Freizeit- / Sport- / Grünanlagen; (Ökologische Aufwertung von Aussen- und Parkanlagen)

Lucius Cueni, SP-EVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, Frau Präsidentin! Beim Leistungspostulat 3739.3 stelle ich den Antrag, dass in Aussen- und Parkanlagen an geeigneten Orten – das muss ich unterstreichen: an geeigneten Orten – Kleinstrukturen zu schaffen und zu unterhalten sind. Die GPK bemerkt richtig, dass man das nicht so hineinschreiben kann. Denn ich will ja nicht, dass die Gemeinde jedes Jahr eine Kleinstruktur schafft, sondern dass generell Kleinstrukturen vorhanden sind. Wann man die macht, ob von Jahr zu Jahr, oder ob man in einem Jahr einmal zwei macht oder sogar vier, und dafür im nächsten Jahr keine, das spielt keine Rolle. Darum kann ich den Vorschlag der GPK so annehmen. Ich möchte doch noch auf die Stellungnahme des Gemeinderats eingehen. Der Gemeinderat schreibt, dass er schon genügend Kleinstrukturen in der Gemeinde unterhalte. Wenn er dazu den Sporn im Ziegelei-Areal nennt, dann muss ich dazu sagen, der Sporn ist keine Kleinstruktur. Eine Kleinstruktur ist, wie es der Name eben sagt, klein und punktuell. Nochmals: Das sind kleine, punktuelle Orte, die ökologisch interessant sind. Ich nenne namentlich Steinhäufen, Asthäufen, Krautsäume, Ruderalflächen, Totholz etc., und auch die an geeigneten Orten. Mir geht es nicht darum – und jetzt bringe ich nochmals die Weltkugel im Gemeindepark – dass man diese Weltkugel mit Steinhäufen zudeckt oder mit Asthäufen umrandet, sondern es geht mir darum, dass man in Randgebieten von zum Beispiel solch einem Gemeindepark so etwas aufstellt. Mir geht es darum, dass man, wenn zum Beispiel eine Treppe saniert werden muss, nicht unbedingt eine geteerte Treppe macht, sondern dass sie vielleicht aus Trockenstein gestaltet wird – so, dass eben Kleinstrukturen entstehen. In einigen von der Gemeinde unterhaltenen Gebieten, wie zum Beispiel im Trämli-Spielplatz, haben wir das schon. Kleinstrukturen sind dort geschaffen, wahrscheinlich ohne dass sich die Gemeinde dessen bewusst ist. Wir haben dort ein Mergelplätzchen, wir haben dort unterschiedliche Höhen von Gras, und trotzdem kann niemand sagen, dass der Trämli-Spielplatz eine unschöne Ecke sei. Also, von Kleinstrukturen spricht man dann, wenn es sich um punktuelle, kleine Pflästerchen handelt, die ökologisch interessant sind. Niemand redet davon, dass der Gemeindepark so aussehen soll wie die Wegmatte oder wie der Sporn.

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Tiefbau-Umwelt: Geschätzte Präsidentin, werte Damen und Herren. Es ist bereits eine Antwort gefallen. Eigentlich nutzt der Gemeinderat bereits geeignete Orte für derartige Kleinstrukturen, und ich bin der Meinung, dass es eben an den anderen Stellen, wie zum Beispiel auch in der Wegmatte, auf Unverständnis stossen würde, wenn man dort plötzlich Steinhäufen errichten würden. Deswegen möchte ich Sie auch in dem Fall bitten, das Postulat abzulehnen.

Thomas Pfaff, Präsident GPK: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Gemeinderat führt in seinem Bericht aus, dass er auf eine ausgewogene Gestaltung der Grünanlagen bedacht sei, und dass er schon seit Längerem die Anordnung von Kleinstrukturen fördere. Und weiter schreibt der Gemeinderat, er beabsichtige, solche Strukturen auch weiterhin zu errichten. Das ist ziemlich genau das, was der Postulant verlangt. Wenn jetzt also der Gemeinderat das Postulat ablehnt, dann heisst das, dass zum einen der Gemeinderat ein Ziel verfolgt, gleichzeitig aber nicht möchte, dass dieses Ziel im Rahmen der wirkungsorientierten Verwaltungsführung festgehalten wird. Hier besteht ein gewisser Widerspruch. Ich glaube, es führt zu weit, wenn wir das hier diskutieren, aber es ist durchaus ein Punkt, den die GPK aufgenommen hat. Die Diskrepanz zwischen „ein Ziel verfolgen“, aber gleichzeitig sich dagegen zu wehren, dass das Ziel festgehalten wird, ist nicht nur an diesem Postulat sichtbar, sondern auch noch an einem anderen. Aufgrund dessen, dass der Gemeinderat ja eigentlich das Ziel bereits verfolgt, und die

Thematik ausreichend relevant ist, dass man sie in einen Leistungsauftrag aufnimmt, ist die GPK einstimmig zum Entscheid gekommen, das Postulat zu befürworten.

Peter Humbel, SP-EVP-Fraktion: Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Der Präsident der GPK hat gerade den einen Widerspruch aufgezeigt, und ich kann ebenfalls nicht ganz nachvollziehen, dass, wenn der Gemeinderat etwas macht – bewusst macht offensichtlich – dass er sich dann dagegen wehrt, das in den Leistungsauftrag hineinzunehmen und als Ziel zu deklarieren. Und es [die Ablehnung dieses Leistungspostulats durch den Einwohnerrat] wäre für mich jetzt auch politisch ein bisschen unverständlich, und die Fraktionen müssten sich überlegen, ob sie ihre Mitglieder in der GPK auswechseln müssten, wenn diese GPK mit 6:0 vorschlägt, ein solches Leistungspostulat zu überweisen und so ein Ziel festzulegen.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Frau Präsidentin, liebe Kollegen und Kolleginnen! Die CVP war der Meinung, wenn die Gemeinde das ohnehin schon fördert und die Möglichkeit von Kleinstrukturen schafft, dann ist das ja eigentlich schon gegeben. Und in dem Sinne lehnen wir das Leistungspostulat auch ab. Wir hoffen aber gleichwohl, dass die Gemeindemitarbeiter das aufnehmen und solche Kleinstrukturen trotzdem anlegen, ohne dass man dies reglementiert.

Die Rednerliste ist erschöpft. Die Präsidentin lässt abstimmen.

://:

Das Leistungspostulat, SP/EVP-Fraktion, Lucius Cueni, betreffend Produktegruppe: 200 Tiefbau – Umwelt, Leistungsauftrag: 271 Freizeit- / Sport- / Grünanlagen (Oekologische Aufwertung von Aussen- und Parkanlagen) wird mit Stichtscheid des Präsidiums mit 16:15 Stimmen abgelehnt.

Pause

Info-Fenster

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Ich habe Ihnen zwei Mitteilungen zu machen, die vorab den personellen Bereich der Gemeinde Allschwil betreffen.

Sie haben vielleicht schon davon gehört. Mir geht es darum, vor allem Klarheit zu schaffen, bevor Nebelgranaten geworfen werden. Ich kann und muss Ihnen bekannt geben, dass unsere neue Finanzverwalterin Frau Jacqueline Holzer, Hauptabteilungsleiterin der Finanzen, auf Ende September 2007 gekündigt hat. Sie ist rund ein Jahr im Amt gestanden, und ich muss sagen, ich persönlich, und auch der Gemeinderat, bedauern diese Kündigung ausserordentlich. Die Kündigung erfolgt vorab aus persönlichen Gründen, aber auch aufgrund der Tatsache, dass Frau Holzer geltend macht, nicht das Umfeld in dieser Stelle gefunden zu haben, das sie erwartet hatte. Es liegt mir daran, ihr für die Dienste zu danken, die sie im letzten Jahr erbracht hat. Ich denke, wir konnten davon profitieren. Aber einzelne Diskussionen, die geführt wurden, konnten offenbar doch nicht zur Beruhigung der Situation beitragen, so dass sie dachte, doch, sie möchte kündigen. Einzelne Diskussionen sind Ihnen ja auch bekannt. Es ging darum, dass wir so schnell wie möglich die notwendigen Massnahmen in Gang setzen; denn es ist klar, ein derart wichtiges Departement muss ja Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben. Sie ist im ersten Jahr angestellt und hat damit auch nur eine einmonatige Kündigungsfrist. Ich kann mal so viel sagen: Wir waren in einem zweieinhalbtägigen Seminar, wo wir die Finanzplanung und –strategie besprachen bis ins Jahr 2020. Das ist soweit einmal auf besten Wegen. Gleichzeitig konnten wir dort das Budget vorbereiten, und das ist in dem Sinn jetzt auch abgeschlossen aus der Sicht des Gemeinderates. Das ist also nicht das Thema. Die nächsten Arbeiten, die aber anstehen, das ist die Finanzplanung bis 2012. Das ist dann die, die in den Einwohnerrat zur Kenntnisnahme kommt. Und gleichzeitig geht es natürlich um den Beginn der Abschlussarbeiten der Buchhaltung, die so gegen Ende Jahr / Anfang kommendes Jahr thematisiert werden. Der Lösungsansatz – der Gemeinderat hat ihn bereits beschlossen und am Montag ist er umgesetzt worden – sieht wie folgt aus. Ab 11.09.2007, das war der Dienstag, wird die Hauptabteilung Finanzen der administrativen und personellen Führung der Gemeindeverwalterin Frau Sandra Steiner unterstellt. Dann gibt es zur Entlastung des Rechnungswesens ebenfalls ab Dienstag, 11.09.2007 externe Mitarbeiter auf der Gemeinde von der BDO Visura – ein Herr Andreas Egger. Herr Egger ist zuständig für das operative Rechnungswesen und ist dort mit der Führung der Hauptbuchhaltung beauftragt. Sodann haben wir ebenfalls in Pflicht genommen Herrn Dieter Pfister von der BDO Visura. Er ist Unternehmensberater, ist

operativ Sandra Steiner unterstellt und ist mit der Führung der Hauptabteilung Finanzen/Steuern, insbesondere im Bereich der Finanzplanung 2012 und des Abschlusses 2007, beauftragt. Wir denken, dass wir mit der BDO Visura, die das schon vielfach gemacht hat – die Leute sind ausgewiesen und auch für andere Gemeinden tätig – eine Lösung gefunden haben, um die personellen Engpässe in diesem Departement zu überbrücken und im Griff halten zu können. Frau Jacqueline Holzer selber wird bis Ende Monat noch im Amt bleiben, sie bezieht also keine Ferientage und steht für die Einarbeitung dieses Teams noch zur Verfügung. Damit sind wir der Meinung, dass die notwendigen Lösungen getroffen worden sind. Bezüglich der Ausschreibungen sieht es wie folgt aus: Bereits ausgeschrieben ist die Stelle der Hauptbuchhaltung, wenn ich das so sagen darf, wir sind jetzt dabei, geeignete Persönlichkeiten zu evaluieren, das ist voll im Gange. Noch nicht ausgeschrieben ist die Stelle des oder der Hauptabteilungsleiters oder –leiterin Finanzen Diesbezüglich werden wir noch prüfen, ob reorganisatorische Massnahmen nötig sind. Das steht insbesondere im Pflichtenheft von Sandra Steiner, der Gemeindeverwalterin. Und wenn da Klarheit herrscht, werden wir auch diese Stelle neu ausschreiben können. Wir gehen davon aus, dass diese Hauptabteilungsleiterposition Ende Februar, spätestens Ende März nächsten Jahres wieder besetzt sein wird.

Dann gibt es noch eine andere personelle Veränderung. Und die eine hat mit der anderen überhaupt nichts zu tun. Es gibt einen Mann auf der Gemeindeverwaltung, der in die weite Ferne strebt, und zwar nach höheren Ehren und Weihen. Das ist Andreas Weis, Chef im Rechtsdienst. Er hat die Möglichkeit beim Schopf gepackt, sich beruflich deutlich verbessern zu können, und ich gratuliere ihm ganz herzlich dazu. Es ärgert mich ja gottsträflich aber wir müssen das so in Kauf nehmen, wenn ich das sagen darf. Er übernimmt eine äusserst verantwortungsvolle Funktion im Kanton als Leiter des Bauinspektorats, des so genannten BIT und wird damit Nachfolger von Herrn Meier. Und was auch ganz klar ist, er wird nicht aus dem Gesichtsfeld der Gemeinde Allschwil verschwinden, also von Zeit zu Zeit sind wir auch sehr froh, wenn wir eine kompetente und bekannte Ansprechpersönlichkeit beim Kanton haben bei so wichtigen Angelegenheiten wie zum Beispiel im Bauwesen.

Das sind die Punkte, die ich Ihnen heute Abend schnell näher bringen wollte. Grade beim ersten Fall bitte ich Sie, nicht zu viel zu studieren, schon gar nicht zu viel zu diskutieren. Wenn Unklarheiten sind, kommen Sie zu mir und fragen Sie direkt, das wäre mir am liebsten. Ansonsten, kann ich Ihnen sagen, gibt es da gar nichts zu verstecken.

Gemeinderat Roman Meury, Vorsteher Hochbau – Raumplanung: Ich habe auch noch eine Information, nämlich zur Situation an der Sportplatz Bachgraben nach den Unwettern, die Ende Sommerferien darüber gegangen sind. Am 8. August hatten wir ja diese grossen Gewitter, und die haben zu relativ grossen Schäden auf den neuen Sportanlagen geführt. Diese Schäden kann man unterteilen nach einzelnen Spielfeldern, so wie sie betroffen worden sind. Ich fange an beim Kunstrasen. Das Kunstrasenfeld ist zu etwa einem Viertel massiv getroffen worden, und zwar ist das grosse Problem nicht einfach nur das Wasser, sondern im Speziellen ist es der Feinschlamm, der dann nachher dort abgelagert wurde. Wir hatten in dem Fall jetzt das grosse Glück, dass wir diese Geofill-Füllung haben. Dies hatte nämlich zur Folge, dass dieser Feinschlamm in diesem Material hängen blieb. Und damit hat dieser Feinschlamm, also dieser feine Sand den versickerbaren Asphalt, der darunter liegt, nicht erreicht, und hat damit die Kanäle in diesem Asphalt nicht verstopft, und insbesondere ist er auch gar nicht in die Sickerschicht und die Drainage hineingelangt. Das hat die Sanierung deutlich vereinfacht. Man konnte die obere Schicht Geofill herausnehmen und konnte sie im gleichen Zustand wieder einbauen, so dass auf die Woche 34, das ist das Wochenende vom 24.08., der Meisterschaftsbetrieb wieder voll stattfinden konnte, so dass keine Meisterschaftsspiele ausfielen. Eine andere Situation zeigte sich auf dem Naturrasenfeld. Dort waren etwa dreieinhalb- bis viertausend Quadratmeter beeinträchtigt, und zwar war dort einerseits die wachsende Rasenschicht und andererseits zum Teil auch der Unterbau betroffen. Man musste dort Schlamm wegnehmen, den hat man „abgestrahlt“ und abgesaugt. Also dort ist der Schlamm in diesen Gräsern drin liegen geblieben. Man musste zum Teil die Rasennarbe abschälen und sie neu verlegen, und man musste diesen Platz auch neu aussanden. Im jetzigen Zeitpunkt, sprich heute Abend, präsentiert sich dieser Naturrasen erstaunlich gut, also das Wetter so, wie es sich in letzter Zeit verhalten hat, hat diesem Rasen anscheinend recht gut getan, und er ist nach Aussage der Verantwortlichen der Gartenbaufirma eigentlich in besserem Zustand, als man dies erwartet hätte, so dass wir hoffen können, dass der Spielbetrieb so aufgenommen werden kann, wie man das vorgesehen hatte. Dann hat es weitere Schäden gegeben, nicht all zu grosser Natur, in den Verbundsteinbelägen und zum Teil auch beim Clubhaus, das aber ja nicht der Gemeinde gehört, sondern der entsprechenden Genossenschaft. Die gesamte Schadenssumme beträgt etwa 150'000 Franken. Man musste jetzt die Arbeiten in Auftrag geben; zum gossen Teil sind sie auch schon, wie ich es sagte, bereits erledigt oder im Gange, und der Gemeinderat hat deshalb heute Kosten bewilligt von 145'400 Franken. Die belasten ein Unterhaltskonto natürlich unverhältnismässig, das ist klar. Das ist das Konto, ich kann Ihnen das sagen, Nr. 344.314.05. Wie viel dann am Schluss auf diesem Konto übrig bleibt, das ist noch offen, da der ganze Schaden natürlich der Versiche-

rung gemeldet worden ist. Und zwar haben wir eine Bauwesenversicherung abgeschlossen, und insbesondere ist Teil dieser Versicherung der Punkt „Bauvorhaben im Gefahrenbereich von Gewässern“. Weil eben der Bachgraben zur Überschwemmung neigt, so lange der Hochwasserschutz noch nicht in Funktion ist, haben wir speziell beim Abschluss dieser Bauwesenversicherung darauf hingewiesen, so dass wir davon ausgehen könne, dass das hoffentlich zu 100% von der Versicherung übernommen wird.

Darf ich bei dieser Gelegenheit gerade noch sagen, wie die Situation ist bezüglich der definitiven Sanierung des Kunstrasenfeldes. Ich sagte vorhin, man hat es, damit man den Spielbetrieb gleich wieder aufnehmen konnte, einfach mit Geofill gefüllt, und diese Mischung aus Geofill und Granulat, die ich schon einmal angezeigt habe als Sanierung, die konnte man noch nicht einbringen, Bedingung war ja, dass man fünf Tage hat, an denen es nicht regnet, insbesondere sollten es eigentlich fünf Arbeitstage sein. Wir hätten jetzt eben heute, oder meinetwegen morgen, diese fünf Tage erstmals erreicht, und wir haben daher heute wieder Kontakt aufgenommen mit der einbauenden Firma, dass die eine Equipe aus Italien mit diesen Spezialisten schicken würde, und wir hoffen schwer – ich kann Ihnen noch keine definitive Zusage geben – dass man das Material morgen oder allenfalls am Freitag einbauen würde. Das Material, das haben Sie sicher schon gesehen, steht ja schon ewig lange dort bereit. Und wenn das auf Freitag nicht reicht, so bitte ich Sie, mit mir zusammen dafür zu beten, dass es über das Wochenende auch noch trocken bleibt, so dass man es dann am Montag machen kann, und dann wäre das Kunstrasenfeld auch noch definitiv saniert.

* * * *

Behandlung der Dringlichen Interpellation

293 06.093 Verkehrssicherheit, Strassensignalisation, VPA

Dringliche Interpellation betreffend Aufhebung Gratisparkplätze in Basel-Stadt / Auswirkungen auf Allschwil von Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion Geschäft 3748

Susanne Studer, Präsidentin: Wir kommen jetzt zur dringlichen Interpellation. Herr Gass!

Jürg Gass, SP-EVP-Fraktion: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ihr habt es ja vor euch, ich muss nicht sehr viele Worte verlieren darüber. Wir wissen einfach, dass es langsam losgeht nächstes Jahr. Ich weiss nicht, was diese Autofahrer machen. Ich habe in letzter Zeit etwas darauf geachtet, wenn ich durch die Baslerstrasse fahre. Ich kann ihnen praktisch alle Autonummern auswendig sagen, die dort auf den weissen Flächen parkieren. Also die hintersten zwei Zahlen sind 68, vorne habe ich mir's nicht gemerkt. Also was ist jetzt, wenn das wirklich zugeht, wie sehen die Nebenstrassen aus? Und damit die Frage an den Gemeinderat: Seid ihr darauf vorbereitet, und wenn ja wie?

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident: Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Ich bin als Stellvertreter von Saskia Schärer gefordert, diese Fragen zu beantworten. Uns ist klar, das Thema ist ein Renner. Claude Rothen hat mich vorhin angelacht. Wir haben genau am 12. Februar 2007 hier drinnen bereits über das Thema diskutiert auf der Basis eines Postulats, das Claude Rothen im Einwohnerrat eingereicht hatte. Das Postulat ist damals abgelehnt worden. Aus den Medienberichten selber, und das sage ich ein wenig mit Absicht, also aus den Medien haben wir vernommen, dass ein neues Parkplatzregime in Basel-Stadt Fuss fassen soll. Wir wären als Agglomerationsgemeinde oder als sehr stadtnahe Gemeinde froh, wenn wir auf solche einschneidenden Massnahmen vorgängig angesprochen würden. Das wäre ein Wunsch, den ich da geäussert habe. Jetzt zur Frage „Wie schätzt der Gemeinderat die Situation bezüglich der zukünftigen Parkplatztouristen ein?“ Ich weiss nicht, ob es Touristen sind, es sind wahrscheinlich die meisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. In der Tat, wir können uns vorstellen, dass das Basler Konzept Auswirkungen haben wird auf die Parkplatzsituation hier in der Gemeinde Allschwil. Es ist aber zur Zeit sehr schwierig, feststellen zu können, was für negative Beeinträchtigungen da allenfalls zu erwarten sind, und in welchem Verhältnis sie stehen werden zur gesamten Parkplatzsituation. Ich kann so viel sagen, wir haben eine Verkehrsstudie „Bachgraben Allschwil“ – alle, die sie gerne einmal einsehen möchten, sind mir herzlich willkommen. Das ist ein ganz dickes Buch. Dort sind unter andere auch Verkehrsteilnehmerinnen und –teilnehmer befragt worden, die in Allschwil über die Grenze gekommen sind, was für Fahrziele sie haben. Da wurden Stichproben gemacht. 439 Befragungen haben stattgefunden. Und das ist jetzt interessant: Von diesen 439 sagten 38%, Fahrziel ist Allschwil. 35% sagten Fahrziel ist das Leimental – die fliessen ab – oder Birseck. Und 27% gaben Basel als Endziel an.

Diese 27% entsprechen etwa 118 Fahrzeugen. Wie gesagt, das sind Erhebungen, die man gemacht hat, also diese Zahlen sind nicht absolut, aber sie zeigen doch ein Stückweit die Richtung an. Damit stellt sich die Frage, was mit diesen rund 100 Fahrzeugen, wenn wir von dieser Aussage ausgehen, passiert, und wie viele von diesen Fahrzeugen wirklich in der Gemeinde Allschwil hängen bleiben werden auf einem Parkplatzangebot. Es gibt verschiedene Varianten. Viele haben natürlich selbst bereits Parkplätze gemietet in der Stadt. Einzelne werden diese Parkkarte erwerben für 2000 Franken, oder sie via Arbeitgeber erhalten. Oder sie haben beim Arbeitgeber bereits einen Parkplatz. Oder sie steigen auf den ÖV um, was sicher auch von Vorteil ist. Oder sie bilden Fahrgemeinschaften. Es wird sicher auch solche geben, die einfach Bussen in Kauf nehmen. Aber von diesem Umfeld aus ist es zurzeit eigentlich schwierig abzuschätzen, was für ein Druck auf das Parkregime in Allschwil zukommen wird. Ich darf sagen, das gleiche Thema stellt sich auch in Binningen. Sie haben gelesen, dass Binningen auch Parkkarten geschaffen hat. Wir werden mit dem Gemeinderat Binningen im Laufe des Oktober einen Austausch haben, wo wir das miteinander erörtern werden.

Die nächste Frage: „Ist die Gemeinde Allschwil auf noch mehr Parkplatzsuchende vorbereitet, wenn ja wie?“ Also: Wir konnten keine neuen Parkplätze schaffen, aber von der Ist-Situation können wir ausgehen. Zurzeit haben wir eine Wechselwirkung, die noch – ich sage es in Anführungszeichen – „einigermassen“ funktioniert. Die schweizerischen Arbeitnehmenden fahren morgens mit dem Auto weg, und die französischen Arbeitnehmenden fahren mit dem Auto zu. Und abends findet an und für sich wieder ein Wechsel statt. So kommen der Schweizer Abends-Parkierenden und der elsässische Tagsüber-Parkierende plus/minus zurzeit aneinander vorbei, indem die Parkplätze gewissermassen doppelt besetzt werden. Das funktioniert zurzeit – das sind auch die Aussagen der Gemeindepolizei. Das müsste selbstverständlich überprüft werden. Man kann jetzt schon sagen, dass in etwa trotz allem noch Parklücken feststellbar sind an ÖV-nahen Strassen, das wissen wir von den Patrouillenfahrten, die immer wieder gemacht werden, zum Beispiel an einem Sandweg, Blumenweg oder Tulpenweg, das ist eine beliebte Station dort, das ist klar, oder bei der Kirche. Dort parkieren die Leute gerne, um dann mit dem ÖV in die Stadt zu gehen. Man hat jetzt noch keine Gebiete, wo ein absoluter Druck besteht. Mit anderen Worten: Heute besteht noch ein Gleichgewicht zwischen Parkplatzangebot und Parkplatznachfrage, aber es ist auch klar, wir werden das beobachten müssen. Es gibt einen klaren Massstab, einen so genannten Indikator, das sind die Bussen. Wir werden also garantiert mit der Gemeindepolizei mehr Kontrollen machen, und mehr Kontrollen werden dann auch möglicherweise dazu führen, dass mehr Bussen verteilt werden, was ein klarer Indikator ist; und dann auch die Erfahrungen, die wir machen in der Präsenz mit der Patrouillentätigkeit. Ob wir jetzt zurzeit daran sind, eine Parkplatzbewirtschaftung auszuarbeiten oder die Schaffung von Anwohnerparkkarten ins Auge zu fassen – dazu kann ich sagen, zurzeit ist das noch nicht geplant, und ich sage auch klar: noch nicht geplant. Das ist insbesondere auch ein Ergebnis auf breiten Diskussionen, die der Einwohnerrat schon geführt hat, zum einen beim Postulat Rothen, das wir vorhin diskutierten, zum anderen beim Bericht der Spezialkommission Verkehr, der am 19. Oktober 2005 im Einwohnerrat zur Kenntnis genommen wurde, und dem zugestimmt wurde, wobei man noch auf eine eigentliche Parkplatzbewirtschaftung verzichten wollte. Mit anderen Worten: Wir sind uns der möglicherweise kritischen Situation absolut bewusst und nehmen vorerst eine abwartende und kontrollierende Haltung ein. Um die Basis zu schaffen für künftige Aussagen – also „wie gedenkt der Gemeinderat zu reagieren“: Wir sind daran, ein Konzept zu erarbeiten, welches den Ist-Zustand statistisch erfasst, so dass man dann zu einem späteren Zeitpunkt, basierend auf dieser Statistik, die Entwicklungstendenz feststellen kann, und dann die Grundlagen hat für künftige allenfalls dann geeignete Massnahmen. Das sind meine Antworten.

Jürg Gass, SP-EVP-Fraktion: Dankeschön, Toni Lauber, für diese Ausführungen. Ich habe nur zwei kleine Bemerkungen. Ich sehe, es muss irgendetwas geschehen. Also wenn man schon sagt von den Prozenten her, einer der in Basel arbeitet, der als Ziel Basel angibt: Da ist es möglich, dass er nach Basel will, aber in Allschwil parkiert; und wenn einer sagt, mein Ziel ist Allschwil – das heisst nicht, dass der hier nicht aussteigt und nach Basel fährt. Also ich sag jetzt mal, 50% waren vielleicht solche, die das Auto wirklich hier stehen lassen. Und wenn man sagt „Bussen verteilen“ – es ist klar, auf einem weissen Parkplatz werden keine Bussen verteilt, die werden sich ausdehnen mehr in die Nebensträsschen, die werden weiter laufen, die Leute. Jetzt sind sie alle am Bus und am Tram entlang, später hat man sie dann vermutlich auch im Baselmattweg parkiert. Also man sieht, es besteht schon Handlungsbedarf. Ich habe hintendran etwas von „Parkkarte“ gehört, ich bin sehr zuversichtlich, dass die irgendwann kommt. Wir müssen nicht 2000 Franken verlangen wie Basel. Das ist ein wunderbarer Preis – für Auswärtige ja, aber nicht für unsere, für unsere tun's auch 30 Franken. Aber - dankeschön für die Antwort, und ich muss mir das jetzt alles auch zuerst durch den Kopf gehen lassen, wie das weitergeht.

Susanne Studer, Präsidentin: Damit ist diese Interpellation abgeschlossen.

Fragestunde

Susanne Studer, Präsidentin: Wir kommen zur Fragestunde. Wir haben drei schriftliche Fragen. Durch Jürg Gass, SP-EVP-Fraktion, wurde schriftlich die Frage 1 eingereicht. Diese lautet wie folgt:

„Der Elefantenacker wird vom FC-Allschwil immer noch als Spielfeld von Junioren-Meisterschaftsspielen und als Trainingsplatz benützt. Allerdings hat es auf dem Platz weder Toiletten noch fliessendes Wasser. Um sich abzukühlen oder seine Notdurft zu verrichten, müssen die Spieler (oder Schiedsrichter und Zuschauer) zum neuen Sportplatz im Brüel pendeln.

Fragen:

Da der Platz noch offiziell benützt wird, hätte man diese Anlagen nicht stehen lassen können? Wer hat den Abriss der Toiletten und der Wasseranlagen beauftragt?“

Jürg Gass, SP-EVP-Fraktion: Ich bin grad nochmals dran, ja. Mir ist nur aufgefallen, wenn wir es schon vom „Ele“ (Sportplatz Baselmattweg, Elefantenacker) gehabt haben dort drunten, also resp. vom Fussball-Club, also sie kicken immer noch auf dem „Ele“, das weiss man und man sieht es auch, der Platz wird noch tatkräftig benützt. Schön ist es, wenn sich einer verletzt [verweist auf einen aus dem Boden ragenden und abgebrochenen Metallträger]. Es ist warm gewesen die beiden letzten Wochenenden, das Wasser muss hinüber getragen werden, sie müssen das effektiv mühsam bringen, das kommt noch dazu -- das ist dann noch eine kleine Zusatzfrage. Dann war eben die Frage, wer hat denn das in Auftrag gegeben, dass dieses WC jetzt schon abgerissen werden und das Wasser wegkommt. Denn es ist mühsam für Spieler, für Schiedsrichter, für Zuschauer. Und die Leute sagen auch, die Kinder gehen überall hin, wenn sie ihre Notdurft verrichten müssen, die können nicht zurück. Das ist ein bisschen verfrüht gewesen. Und wenn man gesehen hat, wie es abgerissen wurde – das ist im Prinzip eine Zusatzfrage – das ist keine Kartonröhre [es werden Fotos gezeigt], das sind die Standbeine gewesen vom Dach, und das schaut aber 20 cm über den Boden hinaus. Ein Fussballspieler hätte sich dort ernsthaft verletzt, hätte er keine Schienbeinschoner getragen, er hat sich effektiv alles aufgeschnitten. Das sind fast rasiermesserscharfe Dinger. Wer das so abgerissen hat, weiss ich nicht. Dort spielen die Kinder. So schaut das aus. Das ragt 5 cm über den Boden - wenn dort einer drauffällt! Ich könnte gerade so gut in der Wegmatten mein Küchenmesser offen in den Boden stecken und sagen, ja nun, wenn einer hineintritt, ist er selber schuld. Das ist einfach die Frage: Wird das entfernt? Denn das ist meiner Meinung nach sackgefährlich, und wer da mit dem Gesicht drauf fällt, ist nicht nur schwer verletzt, sondern er könnte auch tot sein. Das ist nicht nur mit dem Fussball-Club so, auch wenn es dann mal schneit – man muss sich vorstellen, das schaut dann vielleicht kaum mehr heraus, und es fällt einer drauf. Also das ist für mich eine Arbeit, wo einer gesagt hat: Weg damit, und dann ist es mir schnurz. So hat es mich auch gedünkt, mit dem Abreissen des WC – das hat man einfach mal weggenommen. Wer ist da verantwortlich? Wer hat das veranlasst? Das ist meine Frage.

Robert Vogt, Departementsvorsteher Tiefbau – Umwelt: Geschätzte Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Ich kann diese Dinge beantworten. Es ist so, dass mit den Gebäuden des FC Allschwil - speziell das Clubhaus und das Restaurant, das betrieben worden ist - die Gemeinde eigentlich nichts zu tun hat. Denn der FC Allschwil hat das abgerissen, es ist ja nicht mehr nötig wegen der Sportanlage im Brühl. Was aber das WC betrifft, dafür ist in der Tat die Gemeinde zuständig, das ist das WC der Gemeinde, und das ist jetzt auch in Mitleidenschaft gezogen worden. Weil das WC jetzt relativ schlecht dasteht – durch die Abrissarbeiten konnte das Dach nicht mehr gerettet werden, das war an einem Stück mit dem Clubhaus; es ist auch die Seitenwand des WC halb weggerissen, weil das natürlich alles angebaut gewesen war – so steht der Gemeinderat jetzt also vor der Tatsache, dass das WC heute abgebrochen werden muss. Eine neue Toilettenanlage würde allerdings etwa 8000 Franken kosten, und der FC Allschwil ist nicht bereit, das zu finanzieren. Der Gemeinderat hat das dann überprüft und festgestellt: Nein, das wollen wir auch nicht finanzieren, sondern wir bieten gerade unmittelbar neben dem Feuerwehrmagazin Toiletten an, die ja dort schon vorhanden sind, und damit können wir jetzt auch das WC noch abrechnen lassen. Das wird dann etwas professioneller gemacht, mit einer Abbruchfirma. Denn zuvor war der Zivilschutz mit den Abbrucharbeiten beauftragt worden. Das war eine günstige Sache, man konnte dafür Zivildienstleistende einsetzen, aber natürlich mit gewissen Nachteilen. Sie können aber sicher sein, das wird selbstverständlich instand gestellt. Das wird wieder schön ein Platz werden, wie es das vorher war, wo man sich dann auf keinen Fall verletzen kann. Und wir gehen davon aus, dass das WC beim Feuerwehrmagazin, in 200 Meter Fussdistanz, eine absolut zumutbare Lösung ist.

Jörg Gass, SP-EVP-Fraktion: Dankeschön für die Antworten. Vom WC bin ich einigermaßen überzeugt, ich meine, dass sie dort hin laufen müssen, das geht, und dass man es abreissen musste, ist richtig. Dass das Wasser weggekommen ist, das ist schade, nun, damit hat man vielleicht auch nicht gerechnet,

dass es soweit kommt, weil man gemeint hatte, man könne drüben im Brühl anfangen zu kicken. Aber das, was mich einfach immer noch stört, ist die Tatsache, dass dieses Abreissen, Robert Vogt hat es gesagt, Zivilschutzübung war, wo ich sagen muss: Ich weiss nicht, was der Betreffende gedacht hat, als er das stehen liess [Verweis auf Foto], denn das ist wirklich gefährlich. Ich weiss auch nicht, wer da haftet, wenn sich dort jemand ernsthaft verletzt. Und da möchte ich doch ans Herz legen, dass es nicht heisst „Wir machen es dann mal“, sondern dass das vermutlich sehr schnell gemacht sein könnte. Denn jemand mit einer guten Trennschleifmaschine hat das in einer Stunde erledigt. So eine riesige Arbeit ist das nicht. Und was das andere angeht, da muss sich eben der FC Allschwil selber ein wenig in den Rücken fallen, wenn sie gesagt haben, wir reissen jetzt schon alles ab. Danke für die Beantwortung

* * * *

Susanne Studer, Präsidentin: Durch Jürg Gass, SP-EVP-Fraktion, wurde schriftlich Frage 2 eingereicht. Diese lautet wie folgt:

„Betreffend Chemiemülldeponien ist es etwas ruhig geworden. Laut IG DRB sollten die Expertisen bis Ostern 2007 abgeschlossen sein und die Resultate vorliegen.“

Meine Fragen:

Wie ist der Stand der Tierce-Expertise?

Existiert bereits ein Zwischenbericht von Prof. Wildi (oder Hollinger)?

Hat die Gemeinde neue Messresultate vom AUE erhalten?

Hören wir da mal etwas, oder werden wir weiterhin von der Chemie zurückgehalten, wie wir das bisher gewohnt waren?“

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! „Zurückgehalten“ oder nicht – das kann ich jetzt noch nicht beantworten. Ich komme im Verlauf der Beantwortung noch darauf zu sprechen. Das andere ist – wenn man denkt, das Thema sei stehen geblieben, dann täuscht das. Das ist natürlich nicht so. Und ich beantworte jetzt gern diese Fragen.

Als erstes: Tierce-Expertise – das ist ja die, die jetzt in Frankreich erstellt werden soll. Da darf ich sagen, dass die sich in der Tat verzögert hat, weil immer wieder zusätzliche Untersuchungen verlangt wurden. Zum Abschluss dieser Tierce-Expertise: Nach dem heutigen Kenntnisstand – und das ist uns so versichert worden – soll sie vorliegen im Herbst 2007, und auf konkretere Nachfrage hin heisst das, im November bis Dezember sollte sie vorliegen. Ich muss aber auch sagen, auch von der Gemeinde aus sind immer wieder neue Fragen definiert worden aufgrund des Berichts Wildi, und es ist uns wichtig, dass diese Tierce-Expertise eben den Ansichten, die Prof. Wildi geäussert hat, im Detail nachgehen kann – also sie überprüfen und allenfalls bestätigen. Zur zweiten Frage, also: „Existiert bereits ein Zwischenbericht von Prof. Wildi?“, kann ich sagen: ja, der existiert. Und zwar seit Mai 2007 gibt es einen Zwischenbericht von Prof. Wildi. Er basiert auf dem ersten Bericht Hollinger mit diesen geologischen und hydrogeologischen Daten und dem Risikobericht der Antea IGDRB. Das ist im Einwohnerrat, denke ich, alles bestens bekannt. Das haben wir dem Einwohnerrat auch hier drinnen kommuniziert und letztendlich auch mit der Medienmitteilung vom 31. Mai 2007 bekannt gegeben. Gleichzeitig ist das Traktandum ja auch mehrfach hier im Rat auf dem Tisch des Hauses gestanden.

Dann: der zweite Bericht Hollinger, der liegt in der Tat vor, zusammen mit den Screening-Resultaten des AUE vom 17. April 2007. Dieser Bericht ist aber erst mündlich erläutert worden und – das ist jetzt ganz wichtig, soviel zur Pause – es hat ein so genanntes Expertengespräch stattgefunden zwischen den verschiedenen Experten jeglicher Richtung, wenn ich das mal zusammenfassend so sagen darf; und den zuständigen Behörden, insbesondere natürlich der Gemeinde Allschwil und vom Kanton, vom AUE Baselland. Man hat ganz bewusst kein Behördengespräch gesucht, sondern man wollte ein Fachgespräch machen, damit man eben möglichst ohne politischen Hintergrund diese Berichte einmal analysieren kann und sich die Experten untereinander, in Anwesenheit von den Vertretern der Verwaltung, austauschen konnten. Der Schlussbericht von Prof. Wildi basiert ja auch wieder auf dem zweiten Bericht Hollinger, und der liegt uns in der Tat noch nicht vor. Wir würden es natürlich sofort kommunizieren, wenn der Schlussbericht von Prof. Wildi vorliegen würde.

Zur dritten Frage „Hat die Gemeinde neue Messresultate vom AUE erhalten?“ kann ich sagen: Grundsätzlich nein, wir basieren auf den Resultaten der ersten Trinkwasser-Screening-Untersuchungen und nach wie vor vom Analysenbericht der Bachwasseruntersuchungen vom November 2006, die wir ja auch am 17. April 2007 ausgehändigt bekamen und bereits am 20. April in einer Medienmitteilung kommunizierten. Also auch hier: das war bereits Thema im Einwohnerrat und auch Gegenstand einer Medienmitteilung. Die Screening-Resultate der zweiten Trinkwasseruntersuchung, die dann eben am 17. April

stattfind, sowie der Hollinger-Bericht II von 2007 sind der Gemeinde als solcher noch nicht ausgehändigt worden. Die haben wir also auch noch nicht, werden das aber ebenfalls dem Einwohnerrat sofort mitteilen und auch mittels einer Medienmitteilung, damit dieses Thema, das ja von breitem Interesse ist, dann auch weitgehend zur Kenntnis genommen werden kann.

Einen weiteren Punkt möchte ich noch zum Schluss erwähnen. Das ist nicht gefragt; aber was geht aktuell zurzeit? Am 24.09.2007 haben wir den zweiten Besuch der Herren Plüss und Mäder auf der Gemeindeverwaltung Allschwil. Herr Plüss vertritt Novartis Schweiz, das ist bekannt, und Herr Mäder Syngenta. Da hatten wir ja eigentlich abgemacht, die Kommunikation lösungsorientiert zu verbessern. Das ist die zweite Besprechung, und ich hoffe, dass wir in Richtung auf eine Totalsanierung hin – ich sag's jetzt – allenfalls einmal kommen könnten. Wir haben ja heute ein Flugblatt bekommen von Herrn Z'graggen – steter Tropfen höhlt den Stein – und so werden wir am Ball bleiben bei diesem Thema.

Jürg Gass, SP-EVP-Fraktion: Besten Dank, Toni Lauber. Ich sehe, der Gemeinderat tut etwas, das finde ich sehr erfreulich. Was mich einfach eher erstaunt, ist, wie das Ganze immer wieder lang geht. Ostern 2007 hat es zuerst geheissen, jetzt reden wir von Dezember. Ich schätze Dezember 2008, das ist meine Prognose, die darf man ruhig so nehmen, und ich denke, ich habe recht damit. Und was neue Messresultate angeht, das dünkt mich auch komisch, ich weiss nicht, ob man nicht auch beim Hochwasser noch hätte messen müssen – Wird da etwas ausgeschwemmt usw. – aber wie gesagt „steter Tropfen...“ – ich hoffe nicht, dass der Tropfen „steht“, sondern wirklich ein steter Tropfen ohne „h“ ist, also dass das wirklich so weitergeht. Und da vertraue ich jetzt wirklich dem Gemeinderat. Ich merke, es geht etwas, und ich hoffe auch auf die Chemie, dass die endlich einmal einsichtig werden und merken, dass es so einfach nicht weitergeht.

* * * *

Susanne Studer, Präsidentin: Durch Josua M. Studer, SVP-Fraktion, wurde schriftlich Frage 3 eingereicht. Diese lautet wie folgt:

„Die Vollziehungsverordnung zum Reglement über die Reklameeinrichtungen vom 25. April 2007 beschreibt, wo das temporäre Plakatieren erlaubt ist. Der Lindenplatz ist in der Aufzählung nicht enthalten und trotzdem stehen immer wieder Plakate im Park. Als Begründung des Fehlens in der Auflistung ist laut Aussage der Gemeinde, dass an diesem Ort von seitens der Gemeinde bei Wahlen und Abstimmungen Plakatwände aufgestellt werden.“

Meine Fragen zum Thema Plakate am Lindenplatz:

1. Wieso wird die temporäre Plakatierung am Lindenplatz geduldet?
2. Werden die Parteien, welche am Lindenplatz Plakate aufgestellt haben, aufgefordert, ihre Plakate wieder abzuräumen?
3. Gedenkt der Gemeinderat, den Lindenplatz auf die Liste der temporären Plakatierungsorte aufzunehmen?“

Josua Studer, SVP-Fraktion: Frau Präsidentin, liebe Anwesende, lieber Gemeinderat! Wir haben erst kürzlich das Reklamereglement behandelt, wobei wir nichts an den Standorten für das temporäre Plakatieren geändert haben. Wir hatten es hier drinnen schon einmal davon, dass es eine Unart angenommen hat, dass irgendwo plakatiert wird, wo es nicht vorgesehen ist. Wir haben ganz klar eine Regelung, in der vorgeschrieben ist, wo man auf Gemeindegebiet temporär plakatieren darf, und diese Liste ist abschliessend. Alles weitere heisst: An Kantonsstrassen darf man plakatieren, und da sieht man jetzt auch, wie das allgemein ausgenützt worden ist. Ich habe jetzt einfach diese Frage: Warum dürfen jetzt so viele Plakate beim Lindenplatz stehen, obwohl die Aussage seitens der Gemeinde ganz klar ist, dort, wo die Gemeinde Plakatwände hinstellt, auf denen sie von der APG Plakate anbringen lässt, darf man nicht temporär plakatieren. Ich habe eine Ausnahmegewilligung bekommen von der Gemeindepolizei. Wenn wir wissen, dass dort die Gemeinde keine Plakatwände hinstellt, darf man plakatieren. Aber wir Parteien wissen allesamt, dass man dort Plakatwände bekommen kann, die von der APG beklebt werden. Es war ja schon so: Bei den Regierungsratswahlen standen dort Plakate der CVP, dort stand so ein ‚Zwick‘ längere Zeit ganz alleine, und dann sagte ich, jetzt stellen wir noch einen SVPler nebendran, dann wird man sehen, wie schnell der Zwick verschwindet. Komischerweise blieb er dann doch dort, und unser Mann durfte ihn bewachen. Jetzt ist es so, dass ganz viele Plakate dort stehen jeder Couleur, ausgenommen SVP. Ich bin von Mitgliedern angesprochen worden, wieso keine Plakate von uns dort sind. Daraufhin habe ich erklärt, das sei nicht reglements-konform, wenn man dort Plakate aufstellt. Dann hiess es, die

anderen halten sich auch nicht daran, wieso halten wir uns daran? Darauf sagte ich: Das ist der Unterschied! [legt eine Pause ein]

Susanne Studer, Präsidentin: Herr Lauber!

Josua Studer, SVP-Fraktion: Ich bin noch nicht fertig, Entschuldigung! Ich bin jetzt einfach gespannt auf die Antworten, und sonst weiss ich, wie ich heute reagieren darf.

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Ja, Josua Studer, ich beantworte das gerne im Namen von Saskia Schärer. Es läuft keiner mit einem Heiligenschein herum, auch hier drinnen nicht. Aber es zeigt, weil Peter Zwick gewählt wurde, dass es ein sehr guter Standort ist, wenn man am Lindenplatz plakatiert. Ich darf folgendes feststellen wegen „dulden“. Das ganze hat eine gewisse Historie. Am Lindenplatz, das ist uns bewusst, hat sich eine gewisse Plakatierung eingeschlichen. Das hat aber nicht mit der Politik angefangen, sondern das war der Kehraus-Ball. Dann sind dort Plakate für Musikfeste ausgestellt worden, dann für Märkte, die in Allschwil durchgeführt werden sollen. Und immer wie haben sich von Zeit zu Zeit auch politische Plakate dort eingeschlichen. Der Gemeinderat selber hat das nicht als ganz so dramatisch angesehen, insbesondere weil auch keine Reklamationen eingingen und es sich vorab eigentlich immer um so genannte Traditionsanlässe gehandelt hat in der Gemeinde Allschwil. Bei den politische Themen war es insbesondere immer ein wenig speziell, weil bei Wahlen und Abstimmungen am Lindenplatz ja immer die „Schmetterlinge“ stehen zu den Geschäften der Gemeinde, bezüglich derer ja durch die Parteien plakatiert werden kann. Und es ist natürlich klar, dass die dortigen gemeindeeigenen Plakatständer weitere Plakate anziehen. Das ist auch etwas, das ich dann in meine weiteren Überlegungen einbezogen habe, Josua Studer. Es ist also klar, es besteht ein Bedürfnis zum Plakatieren am Lindenplatz. Aber ich kann auch sagen, der Gemeinderat möchte eigentlich nicht in der gleichen Art und Weise dreinfahren, wie das zum Beispiel in Pratteln und Reinach passiert ist mit der Plakatierung. Es geht aber vorab darum, dass man dort, wo verkehrstechnische Probleme bestehen, zwingend eingreifen muss, und das werden wir auch tun. Ich darf darauf hinweisen – da denke ich an ein Plakat am Grabenring oder den Plakatsalat am Dorfplatz, wo sehr viele Parteien sehr prominent und unverständlicherweise auch doppelt vertreten sind vor dem Restaurant Rössli, das sind allerdings Kantonsstrassen, aber nichtsdestotrotz. Ein ähnliches Problem haben wir am Dorfplatz Richtung Neuweilerstrasse und am Grabenring/Baslerstrasse, dort kandidiert sogar schon einer für den Gemeinderat – also, drum sage ich, es hat niemand einen Heiligenschein als Ganzes verdient. Wenn du von der CVP redest, rede ich gerne von der SVP. Die SVP hat Plakate gestellt an der Rabatte Rebgässli / Himmelrichweg, die SVP hat auch ein Plakat gestellt in die Rabatte Binningerstrasse, kurz vor der Einmündung in die Baslerstrasse. Wie gesagt, man kann das Spielchen lange weitertreiben, und du kannst jetzt andere Standorte nennen, die auch nicht 100%ig perfekt sind. Die Frage ist einfach, wie weit wollen wir gehen? Wo ist es notwendig einzugreifen, und wo wirkt es ein bisschen all zu übertrieben? Ich darf aber feststellen, dass wir überall dort eingreifen werden, wo die Verkehrsproblematik besteht, das ist sicher, denke ich, im Kreuzungsbereich Grabenring / Baslerstrasse der Fall, und dann auch am Dorfplatz.

Bei der Frage, ob wir daran denken, diese Plakate abzuräumen, komme ich jetzt speziell wieder auf den Lindenplatz zu reden. Da kann ich sagen: Nein, grundsätzlich haben wir dieses Interesse nicht. Denn wir werden dort ja von der Gemeinde aus wieder unsere Ständer aufstellen, und damit haben wir schon eine gewisse Plakatierung. Zum anderen, und das ist die dritte Frage, ist es vielleicht auch irgendwie vergessen gegangen, dass man am Lindenplatz die Möglichkeit der Plakatierung hat, und wir fassen darum in der Tat ins Auge, den Lindenplatz neu definitiv aufzunehmen in die Plakatierungsstandorte der Gemeinde Allschwil.

Das sind so die Aussagen, die man zu diesem Thema machen kann.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Eine Kleine Anmerkung zur Rabatte Binningerstrasse / Baslerstrasse: Deswegen wurde ich kontaktiert von Seiten der Polizei. Ich habe mich ganz klar geäussert, dass das nicht von der Sektion Allschwil aufgestellt wurde, und dass man sich an die SVP Baselland oder an Georg Thuring wenden soll. Es ist aber nichts gegangen. Das ist kein Plakat von uns, und deshalb habe ich es auch nicht angefasst. Ich habe keine Berechtigung, dort einzugreifen.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident: Das ist genau das Problem, das alle anderen auch haben. Denn es sind selten nur die Ortssektionen, die Plakate stellen, sondern ihr wisst alle, jeder fährt privat in der Gegend herum, stellt Plakate auf und interessiert sich überhaupt nicht dafür, wo welche Reglemente bestehen. Das ist so. Aber es muss einfach in einem Rahmen bleiben. Doch ich denke, in einem Wahlkampf müssen wir nicht päpstlicher sein als der Papst.

* * * *

Susanne Studer, Präsidentin: Ich frage den Rat an, ob jemand noch eine Frage hat.

Lucius Cueni, SP-EVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende! Ich habe mich vorhin gemeldet, und dann erwarte ich eigentlich schon vom Büro, dass es nicht zweimal ostentativ wegschaut, sondern mich auf die Liste nimmt. Mein Frage ist folgende: Ich habe am 14. Februar diesen Jahres in einer Fragestunde den Gemeinderat gebeten, mir Antwort zu geben bezüglich Grünem Freiraumkonzept im Bachgraben. Es ist dann keine Antwort erfolgt. Ich habe daraufhin eine kleine Anfrage eingereicht am 14. März. Und ich möchte den Gemeinderat fragen, wann ich eine Antwort erwarten darf.

Gemeinderat Roman Meury, Vorsteher Tiefbau – Umwelt: Der Entwurf der Beantwortung dieser Kleine Anfrage liegt vor. Der Versand an den Einwohnerrat erfolgt in den nächsten Wochen.

* * * *

Jean-Jacques Winter, SP-EVP-Fraktion: Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Nochmals zurück zur Frage von Jürg Gass vorhin. „Ele“ – der „Ele“, nehme ich an, ist ein öffentlicher Spiel- und Sportplatz, wo die Nachbarschaft, die Öffentlichkeit, die Schulen, das Tagi, ja wir sogar unsere Schulsportanlässe machen wie zum Beispiel das Schiller-Fussballturnier. Alle, die dort vorbei gehen, wissen, ...ich stelle eine Frage, ich komme jetzt gerade zum Thema... was?

Josua Studer, SVP-Fraktion: Entschuldigung! Laut Geschäftsreglement des Einwohnerrates ist es so: Wenn eine Frage gestellt wurde, darf der Fragesteller noch einmal eine Frage stellen, also er hat zwei Fragen frei, dann darf jeder aus dem Rat noch eine Frage zum gleichen Thema stellen. Dieses Geschäft ist abgeschlossen. Das ist jetzt eine neue Frage, das würde bedeuten, dass du schon wieder mehr fragen könntest, dadurch, dass du eine neue Frage stellst, die aufs Gleiche zurückgeht. Dankschön vielmals.

Jean-Jacques Winter, SP-EVP-Fraktion: Ich hab's nicht ganz begriffen, aber... du auch nicht?

Josua Studer, SVP-Fraktion: Ich erkläre mich gern nochmals: Jürg Gass hat eine Frage schriftlich eingereicht. Daraufhin darf er zwei Fragen stellen, und aus dem Rat heraus darf jeder auch eine Frage stellen. Wenn man nun, nachdem man das Geschäft – die Frage – abgeschlossen hat, wieder mit dem Gleichen kommt – „Ich komme zurück auf den „Ele“ – dann kommt man retour, dazu müsste man einen Rückkommensantrag stellen. Punkt 1. Und wenn jetzt du, Jean-Jacques Winter, die Frage nochmals aufnimmst, dann hast du mehr Möglichkeiten zu fragen, als wenn du gleich die Frage gestellt hättest. Wir müssen einfach einmal lernen: Reglemente sind dazu da, dass man sie anwendet, sonst können wir Feuerchen damit machen.

Susanne Studer, Präsidentin: Moment bitte. Jean-Jacques Winter, bitte stelle die Frage so, dass es sich nicht gerade direkt auf dieses Thema bezieht. Einfach anders formulieren.

Jean-Jacques Winter, SP-EVP-Fraktion: Ich stelle eine neue Frage! Punkt! Zum Thema Sport- und Spielplatz, um das es gegangen ist. Der „Ele“ gilt meines Erachtens als öffentlicher Spielplatz. Als öffentlicher Platz für Schulen, Tagi etc. Auch für unsere Schülerfussballmannschaften. Es wurde gesagt, eine WC-Anlage kostet 8'000 Franken. Ich frage mich einfach... Bauherrschaft! Wir alle wissen, die dort herumgehen mit einer gewissen Spürnase, dass man sehr schnell fündig wird an den so genannten „Losungsstellen“ im Umfeld vom „Ele“. Es ist keine Frage der Kinder oder der kurzen Beine. Es ist einfach so, dass es manchmal pressiert, man möchte zurück zum Spielen. Anwohner haben das auch schon...

Susanne Studer, Präsidentin: Herr Winter, stellen Sie bitte die Frage!

Jean-Jacques Winter, SP-EVP-Fraktion: O.K. Die Frage: Gilt der „Ele“ als öffentlicher, breit genützter Spiel- und Sportplatz? Frage 2: Kann ein WC, oder ich sage doch grad: eine „Losungsstelle“, auch eine Wasserfassungsstelle, schon von der Idee her, an Private abgegeben werden? Ist das nicht eine Sache, wenn es ein öffentlicher Spielplatz ist – gar keine Diskussion, vom FC her, das wäre auch eine Frage von mir her – der Gemeinde, das zu machen?

Robert Vogt, Vorsteher Tiefbau – Umwelt: Geschätzte Präsidentin, werte Damen und Herren! Ich glaube, das darf ich beantworten. Es handelt sich vermutlich um einen halböffentlichen Platz. Denn wir stellen ihn exklusiv dem FC Allschwil zur Verfügung als Trainingsplatz. Und wir gehen davon aus, dass das überhaupt keine Probleme geben wird im Betrieb. Der FC Allschwil hat derart viele Mitglieder, dass die eben vorab erste Priorität haben, und in zweiter Linie, wenn der Platz frei ist, kann die ganze Öffentlichkeit diesen Elefantenacker nutzen. Und weil das Problem immer bestehen wird, auch wenn wir einen

voll öffentlichen Platz hätten, wenn zwei verschiedene Gruppen kommen und sich gegenüber treten, dann müssen sie sich irgendwie arrangieren. Und das haben wir nun mit dem halböffentlichen Prinzip so angewendet. Aber grundsätzlich, das darf ich sagen, ist und bleibt das ein öffentliches Spielfeld.

* * * *

Siro Imber, FDP-Fraktion: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle eine kurze Frage, vielleicht gibt es ja auch eine ganz kurze Antwort. Wir kennen alle diese lärmenden Flieger, die da um halb elf kommen, es sind meistens einer bis drei. Nun wollte ich fragen, ob der Gemeinderat Möglichkeiten sieht Einfluss zu nehmen, dass die gegen Norden starten und nicht mehr gegen Süden, und ob es da Anreizsysteme oder sonst etwas gibt, die man vielleicht auf Stufe Gemeinde – oder auch Stufe Kanton – ergreifen könnte, um wenigstens diese zwei oder drei abends um halb elf beeinflussen zu können.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident: Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Also eine kurze Antwort auf diese kurze Frage, das ist leider absolut nicht möglich. Denn das Thema ist derart komplex, dass das unmöglich ist. Ich darf aber mit Freuden feststellen, dass sich ein Landrat für das Thema interessiert, und ich stehe dir jederzeit, Siro Imber, zu diesem Thema sehr gerne zur Verfügung und freue mich auf deine Vorstösse, die du zu diesem Thema in Liestal machen wirst. Ich darf sagen, der Gemeinderat kämpft schon lange dafür, und das konntet ihr letztes Mal auch nachlesen im Schreiben an das EAB vom 27. Juni 2007 und die entsprechende Medienmitteilung, die wir auch herausgegeben haben, wonach wir uns ganz klar dafür einsetzen, dass Basel nicht zu einer Frachtdrehscheibe wird, dass die Nachtflugverbote eingehalten werden, sprich zwischen 22:00 und 7:00 Uhr, und gleichzeitig dass nach Möglichkeit die Schwerfrachtflieger nach Norden starten. Wir haben das gerade heute Morgen an einer Orientierung, die wir von 9 bis halb 12 Uhr mit dem BAZL hatten – an welcher Herr Cron über den Flugzeugabsturz an der Roggenburgerstrasse orientierte – nochmals erörtert. Dort ist von der deutschen und der französischen Seite der Nordabflug nochmals verlangt worden, insbesondere bezüglich der Fracht. Vom Flughafen wird aber immer noch Zurückhaltung signalisiert zu diesem Thema, weil sie sagen, es sei ihnen nicht möglich, einmal nach Norden und dann wieder nach Süden zu starten. Ich darf aber auch feststellen – das führt aber jetzt zu weit – dass in anderen Punkten, allenfalls im Punkt Flughafentaxen usw., noch etwas machbar sein wird im Zusammenhang mit diesem Thema. Aber das geht nicht von heute auf morgen. Letztendlich ist es nach wie vor die erklärte Strategie des Flughafens, 50% des Frachtvolumens in der Regio Basiliensis selber zu bewältigen. Und da reden wir von 120'000 Tonnen. Also ich sage einfach, das ist von mir aus gesehen etwas, das wir dann noch vertieft diskutieren müssen. Das ist das, was ich sagen kann. Also ich würde meinen, wir sind sehr aktiv bezüglich dieses Themas. Wir haben auch die Resolution unterstützt des Forums. Es gibt die trinationale Resolution zu diesem Thema, es ist im Landrat eine Petition eingereicht worden zu diesem Thema, insbesondere auch zur Fracht, die ganz intensiv diskutiert wurde im Landrat, und ich bitte euch einfach, das dann noch mal nachzuschauen. Es ist im Internet.

* * * *

Fortsetzung der Beratungen zum Bericht 3739:

294 01.181 Wirkungsorientierte Verwaltungsführung / Allwo
 12.220 Freizeit/Sport/Grünanlagen; Betrieblicher Unterhalt

**Leistungspostulat 3739.4; SP/EVP-Fraktion, Andreas Bammatter, betreffend
Produktegruppe: 200 Tiefbau – Umwelt / Leistungsauftrag: 271 Freizeit- /
Sport- / Grünanlagen; (Ausgestaltung Areal Wegmatten)**

Andreas Bammatter, SP-EVP-Fraktion: Vielen Dank. Geschätzte Anwesende! Als Einstieg möchte ich auch zuerst ein paar grundsätzliche Gedanken vortragen zum Traktandum Leistungsbericht. Das Leistungspostulat, meine ich, ist ein Instrument zur Förderung und Planung von Produkten, die in unserer Gemeinde als wichtig eingestuft werden. Im Produktehandbuch werden diese Leistungen qualitativ und quantitativ beschrieben. Als Einwohnerrat und auch als GPK-Mitglied habe ich dieses Jahr Produkte bezüglich Aktualität und Wichtigkeit aus meiner Sicht überprüft und diese jetzt in folgenden 4 Postulaten eingereicht. Da geht es mir vor allem um die transparente Abbildung von Leistungen, die geplant und effektiv erbracht wurden, oder die eventuell neu abzubilden sind, damit die Wirkungen sichtbar und messbar werden. Bei der konkreten Leistungserfassung und –beschreibung habe ich dem Gemeinderat so viel Freiheit wie möglich gelassen, ich sage es nochmals: so viel Freiheit wie möglich gelassen. So hat der Gemeinderat selber bestimmen können, was er auch in den Leistungsberichten sichtbar machen will, und was in Allschwil ein Thema sein muss, oder eben nicht. Wir werden ja noch darüber diskutieren. Ein

paar Beispiele: Ich habe die Nutzungsvielfalt der grössten gemeindeeigenen Fläche genommen, ich habe die Umwelthanliegen Hochwasser und Chemiemüll genommen, ich habe den Flugverkehr genommen und schliesslich „Wohnen im Alter“. Jetzt werde ich mich zu den einzelnen Traktandenpunkten nochmals konkret äussern.

Ich komme zum Traktandum 3739.4 über das Areal Wegmatten. Die grösste gemeindeigene Fläche wird seit eh und je verschiedentlich genutzt. Im Sinne einer transparenten Darstellung der Nutzung erachte ich persönlich es als sinnvoll, dass man das auch im Leistungsbericht ausweist. Der Gemeinderat hat in seiner Stellungnahme gesagt, dass dies den Bericht eventuell unnötig aufblähen werde, ohne dass dabei Vorteile bestehen könnten. In anderen Leistungsberichten sind aber teilweise auch differenzierte Indikatoren beschrieben, welche eben Hinweise geben auf die erbrachten Leistungen. Als Beispiel nenne ich da Online-Dienstleistungsgruppe 500, wo man Tendenzen beschreibt. Oder vielleicht ein speziell lustiges Thema der Tierbestand auf dem Robi-Spielplatz, wo als Indikatoren „total Tiere, davon Esel, Ziegen, Geflügel“ transparent beschrieben wird, was Sache ist. Weiter hat dann natürlich auch die GPK festgestellt, dass verschiedene Typen von Freizeit-, Sport- und Grünflächen in den Leistungsberichten festgehalten werden. Und – das habe ich halt schon vorbereitet, aber es kommt jetzt noch mal – schliesslich habe ich auch vor Kurzem Kenntnis genommen, und das bestätigt jetzt auch mein Anliegen, dass seit dem Abbruch der WC-Anlagen beim Sportplatzteil allenfalls weitere Herausforderungen auf die Gemeinde zukommen werden. Die Freiluft-WCs zwischen den Gebäuden und den parkierten Autos sind bereits in Betrieb, das haben wir gehört, und da stellt sich ein grosses Ausrufezeichen! Ebenso hat man auch in der Fragestunde gehört, dass die Auseinandersetzung mit dieser Teilfläche, dieser so genannt halböffentlichen Fläche, wie sie der Gemeinderat nennt, da ist, aber sie nicht transparent ausgewiesen wird. Jeweils wenn es zum Thema wird, bespricht man das im Gemeinderat beziehungsweise im Einwohnerrat. Ich wünsche mir also, dass diese drei Teile, nämlich die Nutzung dieser Parkanlage mit Spielplatz, das Brachland zwischen Innen- und den Sportteilen, proaktiv angegangen werden, und dass diese Flächen im Leistungsbericht erscheinen. Nichts anderes: Sie sollen im Leistungsbericht erscheinen.

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Tiefbau – Umwelt: Geschätzte Präsidentin, werte Damen und Herren! Sie kennen meine Meinung über das Wegmatten-Areal. Ich würde eigentlich am liebsten alles so sein lassen, wie es heute ist. Vielleicht aber noch eine kleine Korrektur bei der Benennung, und zwar der Hummelbrunnen, das ist ein „Bachbummele-Brunnen“, und der hat ja seinen Namen bekommen nach dieser wunderschönen einheimischen Pflanze, die sich mitten auf diesem Brunnen befindet, in Stein gemeisselt. Aber sonst wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie dieses Postulat nicht überweisen würden.

Thomas Pfaff, Präsident GPK: Der Postulant hat schön aufgezeigt, dass wir in unserem Leistungsauftrag verschiedene Niveaus haben von Detailtiefe. Das kuriose Beispiel mit den Tieraufzählungen als Indikatoren beim Robi-Spielplatz zeigt, dass man sicher an einen oder anderen Ort nochmals über die Bücher gehen und unwesentliche Sachen entfernen muss, damit der Leistungsauftrag sich auf die wesentlichen Sachen konzentriert. Beim Leistungsauftrag 271 hingegen besteht bereits eine klare Linie. Man konzentriert sich auf die einzelnen Typen und geht nicht auf einzelne Flächen ein. Es wäre durchaus denkbar, vielleicht auch wünschbar, dass man die Detailtiefe erhöht, aber dann müsste das einmal als gesamtes anschauen und nicht am einzelnen Objekt. Das einzelne Objekt kann lediglich ein Beispiel dazu sein. Die GPK ist der Meinung, dass man es bei der jetzigen Detailtiefe belassen soll und lehnt darum das Postulat ab.

Die Präsidentin lässt über das Leistungspostulat abstimmen.

://:

Das Leistungspostulat, SP/EVP-Fraktion, Andreas Bammatter, betreffend Produktegruppe: 200 Tiefbau – Umwelt, Leistungsauftrag: 271 Freizeit- / Sport- / Grünanlagen (Ausgestaltung Areal Wegmatten) wird mit 19:11 Stimmen abgelehnt.

295 01.181 Wirkungsorientierte Verwaltungsführung / Allwo
13.200 Umweltmassnahmen

Leistungspostulat 3739.5; SP/EVP-Fraktion, Andreas Bammatter, betreffend Produktegruppe: 200 Tiefbau – Umwelt / Leistungsauftrag: 282 Lärm / Energie / Luft / Natur / Landschaft; (Vermehrte Aktivitäten Umwelt- und Naturschutzkommission i.S. Hochwasserdamm und Deponien ,Le Letten')

Andreas Bammatter, SP-EVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende! Da ist als Indikator im Leistungsbericht die Anzahl Sitzungen dieser beiden Kommissionen Umwelt und Naturschutz angegeben. Wie ich bereits in der Einleitung sagte, geht es mir bei der Einreichung dieser Postulate um die Transparenz dieser Leistungen, wie sie im Allwo-Bericht erbracht werden. Selbstverständlich kann es nicht meine Absicht sein, vermehrt unnötige Kommissionssitzungen zu fordern. In Anbetracht dessen jedoch, dass es sowohl eine gemeinderätliche wie auch eine einwohnerrätliche Kommission zu Umwelt und Naturschutz gibt, und wir in den letzten Monaten, und sogar jetzt in der Fragestunde, und in den letzten Jahren bedeutende Themen wie den Hochwasserdamm, und den Naturschutz in dem Zusammenhang, oder auch die Deponie Le Letten, als kommunales, kantonales und sogar internationales Traktandum hatten, erstaunt es mich doch sehr, dass dieses Instrument nur so wenig genutzt wird, obwohl es immerhin als Planwert beschrieben wird. Ich möchte es aber nicht unterlassen – und das haben andere hier drinnen auch schon getan – dem Gemeinderat für sein Engagement ausdrücklich zu danken und ihn dafür zu loben. Das Leistungspostulat soll somit einen Hinweis geben auf den Indikator Anzahl Sitzungen und auch Anhaltspunkte im Umgang mit diesen Themen und diesen Instrumenten. Ich bitte die entsprechenden Kommissionspräsidenten um Kenntnisnahme und um Überprüfung des Indikators.

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Tiefbau – Umwelt: Geschätzte Präsidentin, werte Damen und Herren! Was speziell die Naturschutzkommission betrifft, so ist natürlich jedes Mitglied dieser Kommission ganz gern eingeladen, mich direkt aufzufordern, wenn eine Sitzung stattfinden soll. Ich habe es in dem Fall dieses Jahr noch nicht für nötig empfunden. Aber grundsätzlich sehe ich das jetzt auch gerade als Aufforderung an, und werde dieses Jahr noch eine Sitzung einberufen.

Thomas Pfaff, Präsident GPK: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieses Leistungspostulat definiert kein Ziel, sondern gibt einen Auftrag zur Tätigkeit. Das gehört aber nicht in den Leistungsauftrag hinein. In den Leistungsauftrag gehören Ziele, und dann gilt es für die entsprechenden Behörden, sei das Gemeinderat, oder sei es eine Kommission, oder sei es der Einwohnerrat, die entsprechenden Massnahmen zu ergreifen, um das Ziel zu erreichen. Aus diesen Gründen lehnt die GPK das Postulat ab.

Andreas Bammatter, SP-EVP-Fraktion: Ich fühle mich doch bestätigt – Dankeschön, Herr Gemeinderat, dass Sie das mindestens als Aufforderung nehmen, und somit habe ich meinen Dienst auch getan.

Die Präsidentin lässt über das Leistungspostulat abstimmen.

://:

Das Leistungspostulat, SP/EVP-Fraktion, Andreas Bammatter, betreffend Produktegruppe: 200 Tiefbau – Umwelt, Leistungsauftrag: 282 Lärm / Energie / Luft / Natur / Landschaft (Vermehrte Aktivitäten Umwelt- und Naturschutzkommission i.S. Hochwasserdamm und Deponien ,Le Letten') wird mit 22:9 Stimmen abgelehnt.

Susanne Studer, Präsidentin: Durch Josua Studer, SVP-Fraktion, wird folgender schriftlich formulierter Ordnungsantrag gestellt:

„Der Unterzeichnete beantragt, dass entgegen des Beschlusses des ER-Büros die Reserve-Sitzung vom 19.09.2007 abgehalten wird.

Begründung: Das Geschäft 3739 ist heute nicht zu Ende beraten worden. Aus aktuellem Anlass muss das Geschäft 3739 nächste Woche weiter beraten werden, damit wir nicht weiter in Verzug geraten.“

Susanne Studer, Präsidentin, lässt über den Ordnungsantrag abstimmen.

://:

Der Ordnungsantrag von Josua Studer wird grossmehrheitlich abgelehnt.

296 01.181 Wirkungsorientierte Verwaltungsführung / Allwo
13.330 Projektgruppe Flugverkehr

**Leistungspostulat 3739.6; SP/EVP-Fraktion, Andreas Bammatter, betreffend
Produktegruppe: 200 Tiefbau – Umwelt / Leistungsauftrag: 282 Lärm / Energie /
Luft / Natur / Landschaft; (Aktivitäten der Projektgruppe Flugverkehr)**

Andreas Bammatter, SP-EVP-Fraktion: Auch hier hat der Indikator „Anzahl Sitzungen“ dazu geführt, dass in der Leistungsgruppe 282 Lärm / Energie / Luft / Natur / Landschaft in Zusammenarbeit mit der GPK Erkenntnisse gewonnen worden sind, die den Gemeinderat dazu bewogen haben, diese Projektgruppe aufzulösen und somit diesen Indikator ebenfalls zu streichen. Ich möchte als Postulant unterstreichen, dass ich auch da die Leistungen des Gemeinderats aus den Berichten und Medien kenne – wir haben das vorhin wieder gehört – und auch sehr schätze, die jedoch nicht mit den Zielen und Indikatoren im Leistungsbericht zu erkennen sind. Gestützt auf die Empfehlung der GPK, in der ich ja auch Mitglied bin, bitte ich den Gemeinderat, folgenden Nachtrag im Leistungsbericht neu als Wirkungsziel zu definieren: Im Bereich Lärmschutz sind unter anderem das angestrebte Nachtflugverbot 22 h bis 7 h morgens, Bekämpfung der hohen Lärmemissionen – und da meine ich sowohl die Durchschnittswerte als auch die Spitzenwerte – und die Forderung einer effizienten Pistenbewirtschaftung zu benennen. Ich bitte den Rat, diesem Antrag Folge zu leisten und das Leistungspostulat so anzunehmen, wie ich es jetzt ergänzt habe.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident: Sehr verehrte Damen und Herren! Zuerst danke ich einmal, dass der Gemeinderat heute Abend auch ein gewisses Lob bekommen hat. Ich nehme das gerne zur Kenntnis. Und ich gebe auch gerne dem Einwohnerrat zurück, dass selbstverständlich diese Anliegen, auch wenn es unter den Leistungspostulaten manchmal heisst „abgelehnt“, sehr ernst genommen werden und damit nicht einfach aus dem Raum geschaffen sind je nach Ausgang des heutigen Abends. Also, ich darf klar sagen, derartig komplexe Themen wie Flughafen, wie Hochwasserschutzdamm, Renaturierung Mühletäli und andere Themen, die heute angesprochen wurden, die zu diskutieren ist wichtig. Sie aber in Leistungsaufträge hineinzuformulieren und mit entsprechenden messbaren Indikatoren zu verknüpfen, ist am Schluss unterm Strich unglaublich schwierig. Wenn ich auf das Leistungspostulat eingehen darf: Es ist klar – Andreas Bammatter hat es so gesagt, und das wird auch so bleiben – wir werden uns einsetzen nach wie vor für die Erhaltung der Lebensqualität hier in der Gemeinde Allschwil auf der Basis von verschiedenen Mittelmöglichkeiten - wir haben sie vorhin schon angesprochen. Ein Instrument war damals die Projektgruppe Flugverkehr. Die war noch von Paul Schüpbach einberufen oder konstituiert worden. Dort ging es vor allem darum, den Wissenstransfer vom Forum und vom Schutzverband in die Gemeindeverwaltung hinein sicherstellen zu können. Denn Andreas Dill, der dort zuständig war, war noch nicht im Amt, er kam neu dazu, und auch der heutige Abteilungsleiter Andres Linder musste sich mit dieser Thematik ebenfalls noch intensiv auseinandersetzen. Heute – und das darf ich lobend erwähnen auch an die Adresse der Verwaltung – ist von mir aus gesehen das Know-how im Bereich Flugverkehr sehr gut, so dass die Arbeitsgruppe nicht mehr die gleiche Bedeutung hat wie damals. Zum anderen möchte ich auch festhalten, da eine gewisse Personalunion besteht, nämlich zwischen mir und mir, sprich als Präsident des Forums und als Gemeindepräsident bin ich natürlich immer sehr nahe mit der Thematik Fluglärm beschäftigt, so dass der Wissenstransfer ein Stückweit automatisch stattfindet, das ist ein Faktum so. Mit dem Schutzverband – das interessiert vielleicht auch – hat sich die Situation in dem Sinne, wen ich das so darf sagen, entspannt. Also, wir haben eine gute Zusammenarbeit mit dem Schutzverband, auch wenn immer noch in einzelnen Punkten allenfalls Nuancen in den Auffassungen vorhanden sind. Mit anderen Worten: Die Projektgruppe Flugverkehr hat eigentlich ihre Aufgabe erfüllt. Der nächste Punkt ist der: Das Aufnehmen dieser Zielvereinbarung oder von diesem Wirkungsziel – da, muss ich sagen, ist immer die Frage, auf welcher Ebene man so etwas ansiedeln möchte. Wir haben das bis jetzt eigentlich in den Geschäftsberichten kommuniziert, wir haben es in den Medienberichterstattungen und auch im Rahmen von Vorstössen im Einwohnerrat kommuniziert, was für Ziele die Gemeinde hat. Wir haben gerade im letzten Schreiben, das ich vorhin nannte, vom 27. Juni 2006, im Detail kommuniziert, was für Ziele der Gemeinderat verfolgt. Und wir sind grundsätzlich der Meinung, dass das jetzt nicht unbedingt Ziele sind, die man als „Wirkungsziele“ in so einen Katalog aufnehmen kann oder muss. Die Frage ist, warum nicht? Sehen Sie, die Einflussmöglichkeiten des Gemeinderats bei diesem Thema sind relativ gering, so dass es eigentlich eine Wirkung ist, die wir nicht ganz konkret beherrschen. Es entscheidet nicht einmal das BAZL, es entscheidet am Schluss die Flughafendirektion oder der Verwaltungsrat des Euro-Airport. Sodann: Messbare Indikatoren aufzustellen, ist da auch schwierig. Ich darf sagen, wir haben das von der Gemeinde aus ja an und für sich auch gemacht, wir haben die Resolution im Einwohnerrat auch diskutiert, und der Einwohnerrat hat uns ja mit dieser Resolution, die vom Forum aus und von den trinationalen Verbänden aus abgeschickt wurde, ganz massgeblich unterstützt; und

auch dort sind die Zielsetzungen auf politischer Ebene vom Gemeinderat, und damit auch vom Einwohnerrat, für ganz Allschwil eigentlich kommuniziert. Das sind meine Ausführungen. Ich denke also, wir haben im Strategiepapier diese Ziele definiert; wir haben sie im Einwohnerrat bereits so definiert, und wir haben sie auch mit Korrespondenz und Berichten schon klar zum Ausdruck gebracht, so dass sie für mich nicht zwingend in diese Leistungsberichte hinein müssen. Ich möchte aber einfach folgendes sagen: das heisst nicht, dass es diese Ziele nicht gibt; ich glaube das haben wir verstanden. Die Ziele bleiben, und die werden wir auch hartnäckig weiterverfolgen und selbstverständlich auch – zu deinem Stichwort, Andreas Bammatter – für Transparenz sorgen.

Thomas Pfaff, Präsident GPK: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Gemeinderat teilt in seiner Antwort mit, dass er die Projektgruppe Flugverkehr auflöst. Soweit gut, das ist ganz klar in seiner Kompetenz. Das ist seine Projektgruppe, dem entsprechend kann er sie jederzeit auflösen, ihr neue Aufgaben zuordnen – was auch immer. Dummerweise ist aber genau diese Projektgruppe Flugverkehr im Leistungsauftrag festgehalten, in einem Textindikator. Und da ist die GPK jetzt schon ein bisschen enttäuscht, dass der Gemeinderat – nebst dem, dass er mitteilt, dass die Projektgruppe Flugverkehr aufgelöst wird – uns nicht erzählt, was er mit diesem Textindikator macht. Das Leistungspostulat zum Leistungsauftrag 282 hätte auslösen müssen, dass sich der Gemeinderat mit diesem Leistungsauftrag befasst, und, wenn es da jetzt einen Konflikt gibt, dass er uns aufzeigt, wie er diesen Konflikt lösen will. Der Flugverkehr ist im Leistungsauftrag erwähnt, nämlich im ersten Abschnitt, wo der Leistungsauftrag beschrieben wird. Dort ist sehr klar definiert, in welche Richtung es gehen soll, und in diese Richtung arbeitet ja auch der Gemeinderat, und das wird ja auch vom Parlament geschätzt. Es werden aber interessanterweise nebst dieser Umschreibung keine Leistungs- oder Wirkungsziele definiert. Auch hier ein Widerspruch. Aus diesem Grund wird die GPK das Gespräch mit dem Gemeinderat suchen müssen, damit der Leistungsauftrag 282 überarbeitet wird und diese Konflikte beseitigt werden. Die GPK hat dem Postulanten empfohlen, den Antrag zurückzuziehen und einen anderen zu setzen. Er ist insofern unvollständig, als nicht nur die genannten drei Punkte als Beispiele zu definieren wären, sondern man ganz grundsätzlich die Wirkungsziele definieren muss. Und wenn jetzt der Gemeindepräsident sagt, dass das vielleicht die falschen Ziele sind, oder die Ziele durch den Gemeinderat gar nicht messbar verfolgt werden können, dann kann ich dem folgen. Nichtsdestotrotz gilt es, hier noch das Ziel zu definieren.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident: Ich möchte ganz klar eine Klarstellung machen. Passen Sie auf, die Frage ist: Gehören politische Zielsetzungen in einen Leistungsauftrag? Das ist die Goldene Frage. Wir reden da von rein politischen Zielsetzungen, und ich würde meinen, dass die nicht in einer konkreteren Form Gegenstand eines Leistungsauftrages werden müssten. Und wenn die Frage kommt, ob wir die Formulierung im Leistungsauftrag 282 ändern würden wegen der Projektgruppe Flugverkehr: Nein, das muss so nicht sein. Wir können dem einen anderen Titel geben, und dann bleibt das so stehen, wie es da steht.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Ich möchte nur kurz etwas erwähnen. Da wird wieder geredet von Flugverbot zwischen 10 Uhr nachts und morgens 7 Uhr. Ich möchte kurz erklären, dass die Gruppe Blaj abgeflogen ist am Morgen um halb sechs, und die Leute, die dort auf dem Flughafen waren, erstaunt waren wie viele Leute um diese Zeit auf dem Flugplatz sind. Ich finde es interessant, wenn von Seiten Gemeinde solche Forderungen kommen, aber man fliegt eben dann doch, wenn das Flugzeug schon dann fliegt. Das ist ein wenig widersprüchlich. Und ich freue mich, dass wir noch lange heute Abend dahocken dürfen. Ich habe den Plausch!

Die Präsidentin lässt über das Leistungspostulat abstimmen.

://:

Das Leistungspostulat, SP/EVP-Fraktion, Andreas Bammatter, betreffend Produktgruppe: 200 Tiefbau – Umwelt, Leistungsauftrag: 282 Lärm / Energie / Luft / Natur / Landschaft (Aktivitäten der Projektgruppe Flugverkehr) wird mit 16:12 Stimmen abgelehnt.

297 01.181 Wirkungsorientierte Verwaltungsführung / Allwo
11.100 Raumplanung/Zonenplanung

**Leistungspostulat 3739.7; SP/EVP-Fraktion, Andreas Bammatter, betreffend
Produktegruppe: 300 Hochbau – Raumplanung / Leistungsauftrag 361 Hoch-
bau – Raumplanung; (Wohnen im Alter)**

Andreas Bammatter, SP-EVP-Fraktion: Das vorliegende Postulat knüpft 1:1 an die Erkenntnisse der letzten Monate zum Thema „Wohnen im Alter“ an. Bereits haben sich verschiedene Gruppierungen intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt. Der Gemeinderat hat im Frühjahr hier im Einwohnerrat mittels eines politischen Vorstosses die Aufforderung angenommen, sich dem aktiv anzunehmen, und das will er ja auch tun. An der Podiumsveranstaltung in Allschwil ist das Thema Wohnen und Alter auch vom Gemeinderat mit einem gemeindeeigenen Alterskonzept in Aussicht gestellt worden. Die Statutenänderung, die wir jetzt gerade durchgemacht haben im Altersheim und der Alterssiedlung am Bachgraben hat Mitte August den Zweck erweitert und neben der Errichtung und der Führung von Alters- und Pflegeheimen auch die Errichtung von modernen Betreuungsformen wie zum Beispiel altersgerechtes Wohnen explizit beschrieben. Die demografische Entwicklung schreitet förmlich nach Taten. In anderen Gemeinden, das haben wir hier auch schon gehört, z.B. Gelterkinden, Laufen, oder neu auch Bottmingen – das war in der Zeitung gerade letzte Woche – ich die Beteiligung der Gemeinde bei altersgerechtem Wohnen sehr stark, wird gefördert und realisiert. Es ist darum meiner Meinung nach Zeit, dass wir auch in Allschwil proaktiv und leistungsorientiert die Ziele und Massnahmen und Indikatoren in die Leistungsberichte hineinnehmen und darstellen. Der Gemeinderat schreibt, was er da machen will. Er berät bereits die Bauherrschaft. Ich finde, da muss man nicht nur beraten, sondern auch aktiv auffordern, altersgerechte Wohnungen zu erstellen, wie das andere Gemeinden auch tun. Es könnten zum Beispiel auch Anreize geschaffen werden, die das Ziel unterstützen würden. Der Gemeinderat könnte eine Koordinationsaufgabe übernehmen und – das ist auch schon gefordert worden, auch in der Öffentlichkeit – eine entsprechende Fachkommission einberufen, die die fachliche Erfahrung hat und kompetent einbringen kann. Sodann wäre ebenso in Ergänzung zum Leistungsauftrag – das habe ich erst nachträglich noch gehört und dann auch aufgefunden im Auftrag 761, Gesundheitswesen, Produkt 7813 Alterszentrum – eben das neu angepasste Stiftungsreglement ein idealer Ort, wo man Leistungen und Indikatoren, also Ziele, setzen könnte, um so die Entwicklung in der Gemeinde – und ich komme wieder dazu, mir geht es darum die Leistungen abzubilden – proaktiv zu verfolgen und mitzusteuern. Ich bitte also den Gemeinderat – und ich sagte das am Anfang, ich habe das sehr offen formuliert – in diesem Sinne aktiv zu werden und entsprechende Ziele und Leistungen und Indikatoren zu definieren.

Gemeinderat Roman Meury, Vorsteher Departement Hochbau – Raumplanung: Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Andi Bammatter sagt jetzt: eine Kommission ins Leben rufen, Arbeitsgruppen und so weiter. Das ist alles gut, die können Konzepte machen bis zum Gehnichts mehr. Aber irgendwann muss es dann einmal realisiert werden. Und dann ist es eine Frage der Finanzen unter anderem, und zwar als ganz wesentlicher Punkt. Und der Gemeinderat ist der Meinung, dass die Aufgabe, wie du sie jetzt geschildert hast, die modernen Formen von Wohnen im Alter grundsätzlich durch Private zu realisieren sind. Und die richten sich natürlich bei ihren Investitionen nach der Nachfrage. Und der Beweis ist im Moment nicht erbracht, dass in Allschwil die Nachfrage so gross ist, dass wir so viele Private haben, die das realisieren möchten. Die Aufgabe der Gemeinde war bis jetzt die, dass man sich in der traditionellen Altersbetreuung engagiert hat, und da hat ja auch der Einwohnerrat für das Alterszentrum einen namhaften Betrag gesprochen. Immerhin hat das zur Folge, dass wir, wenn das neue Zentrum realisiert ist, doppelt so viele Betten haben wie die gleich grosse Gemeinde Reinach – und das ist doch auch etwas. Was mich noch ein bisschen überrascht, ist das: Andreas Bammatter hat selber gesagt, die Beratung von Bauherren – klar, das machen wir, und wenn sich Gelegenheit gibt bei irgend einem Baugebiet, dann ist die Gemeinde sicher die letzte, die nicht versucht, dies zu fördern, ohne selber finanziell aktiv werden zu müssen. Es überrascht mich, Andreas Bammatter, dass gerade du mit diesem Leistungspostulat fragst, nachdem ja, als wir die Möglichkeit hatten im Wegmatten, dies in vorderster Front von dir bekämpft wurde.

Thomas Pfaff, Präsident GPK: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Postulant hat das Postulat eingereicht im Zusammenhang mit dem Leistungsauftrag 361. Wenn man aber den Antrag liest, dann merkt man, dass es auch in Richtung Leistungsauftrag 781 – Gesundheitswesen – gehören würde. Die GPK hätte sich gewünscht, dass der Gemeinderat es auch aus dieser Perspektive angeschaut und auch aus dieser Sichtweise seine Meinung kundgetan hätte. Es ist nämlich auffällig, dass dieser Leistungsauftrag 781 nur das bisherige Wohnungsangebot der Stiftung Alterszentrum am Bachgraben beschreibt, aber keine Ziele enthält, die eine Veränderung oder eine Förderung von zusätzlichem

Wohnangebot anstreben. Wie die Meinung des Gemeinderats dazu ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Wir stellen einfach fest: Es hat dort diesbezüglich keine Aussagen. Zum Leistungspostulat selber: Die Mehrheit der GPK ist der Meinung, dass das eine Frage der freien Marktwirtschaft ist, von Angebot und Nachfrage, wie es vorhin auch Gemeinderat Meury gesagt hat, und lehnt daher das Postulat ab.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident: Ich muss mich nochmals schnell melden. Bitte versteht doch eines: Wir reden hier von einer klaren politischen, rein politischen Zielsetzung. „Leistungsaufträge“ ist konkrete Umsetzung eines klaren Auftrages. Und den klaren Auftrag als solchen müssen wir zuerst erarbeiten. Und dann macht meinerwegen am Schluss ein echter Leistungsauftrag hier drin mit echten Wirkungszielen auch Sinn. Wir sind daran, in der Vorbereitung für das kommende Strategiepapier den Gedanken aufzunehmen, wo es von mir aus gesehen auch hin gehört, auf die Ebene des Strategiepapiers für die nächste Legislatur, wir sind damit schon gedanklich beschäftigt. Und ein weiterer Punkt ist von mir aus gesehen dann auch, dass man die Thematik konzeptionell angeht und dass man – auf der Basis des Konzepts, in welches dann auch ein weiterer Kreis eingebunden werden soll – nachher diese Leistung oder Stossrichtung im Bereich der Alterspolitik definiert. Ich habe einfach den Eindruck, - und da möchte ich euch bitten, wir nehmen diese Anliegen sehr ernst – aber wir diskutieren eigentlich rein formell. Wir definieren jetzt, indem wir einen Leistungsauftrag definieren, politische Ziele, und dafür ist der Leistungsauftrag nach meinem Verständnis nicht da. Denn das wäre das Ende der politischen Diskussion. Dort geht es um die Umsetzung des politischen Auftrages und um die Wirkungsprüfung dieses politischen Auftrages. Aber so lange es noch politische Ziele sind, möchte ich einfach bitten: Das ist eine Frage des Strategiepapiers und dann des Konzepts, welches wir in den Einwohnerrat bringen werden. Das ist einfach ein wenig eine Frage der Flughöhe. Das möchte ich einfach so deponieren.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Ich habe mich vorhin schon einmal gemeldet. Ich möchte doch noch etwas sagen zum Thema „Wohnen im Alter“. Ich habe bis vor zwei Jahren bei den Seniorendiensten gearbeitet und habe recht viel Erfahrung und Kontakt mit älteren Leuten. Es ist oft so, dass die alten Leute gar nicht in neue Wohnung gehen wollen. Sie möchten in ihren Wohnungen bleiben, so lange es mit Hilfe geht. Und die Gemeinde Allschwil bietet eigentlich in dieser Hinsicht recht viel Hilfe an. Mit den Seniorendiensten kann man den Mahlzeitendienst haben, man kann Fahrdienst haben, es gibt einen Besucherdienst, Betreuungsdienst, es gibt Mittagstisch, es gibt Leute die Gartenarbeiten ausführen, Schreibarbeiten ausführen, Nähhilfe – also es gibt ganz viel, was mit einer Leistungsvereinbarung durch die Gemeinde unterstützt wird, und das wird den älteren Leuten angeboten. Und sehr viele sagen auch, sie möchten in ihrer Wohnung bleiben und nicht in neue Wohnungen gehen; dass müsste viel früher geschehen. Dann haben wir ja die Spitex, die pflegerische Leistungen bietet, und Haushalthilfe, die also auch im Haushalt helfen kommt. Tagesstätten haben wir für Betagte, wo die Leute den Tag verbringen können, und dann das Alterszentrum am Bachgraben, das wir jetzt gross ausgebaut haben. Die Alterssiedlung wird anschliessend renoviert, dann wird es dort auch etwas attraktivere Wohnung geben, als sie es heute sind – heute sind sie sicher nicht sehr attraktiv. Und es ist doch so: Im Moment wird in Allschwil sehr viel gebaut. Und all diese Wohnungen sind eigentlich altersgerecht. Sie haben einen Lift, haben keine Schwellen; also wenn jemand wirklich in einer Wohnung wohnen will, die altersgerecht ist, dann findet er die heutzutage in Allschwil. Für Genossenschaftswohnungen – das wäre natürlich ideal – aber dafür bräuchte es initiative Privatpersonen, die das anpacken und dann auch realisieren würden. Die CVP ist der Meinung, dass wir im Moment dieses Postulat nicht unterstützen würden, weil doch dieses und jenes im Gange ist.

Die Präsidentin lässt über das Leistungspostulat abstimmen.

://:

Das Leistungspostulat, SP/EVP-Fraktion, Andreas Bammatter, betreffend Produktegruppe: 300 Hochbau – Raumplanung, Leistungsauftrag 361 Hochbau – Raumplanung (Wohnen im Alter) wird mit 16:11 Stimmen abgelehnt.

298 01.181 Wirkungsorientierte Verwaltungsführung / Allwo
11.100 Raumplanung/Zonenplanung

**Leistungspostulat 3739.8; SP/EVP-Fraktion, Lucius Cueni, betreffend
Produktegruppe: 300 Hochbau – Raumplanung / Leistungsauftrag: 361
Hochbau – Raumplanung; (Förderung gebäudebrütender Tiere)**

Lucius Cueni, SP-EVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende! Was lange währt, wird vielleicht einmal gut. Der Gemeinderat, resp. der Gemeindepräsident hat vorhin gesagt, dass der politische Auftrag zuerst stehen muss, bevor Leistungen, resp. Ziele definiert oder verändert werden können in einem Leistungspostulat. Der politische Auftrag des Naturschutzes ist klar gegeben. „Naturschutz ist Gemeindegange“ konnte jeder hier drinnen hören, bei dem Vortrag, in welchem es darum ging, was die Kernaufgaben der Gemeinde sind. Item: Mein Postulat handelt von der Abgabe eines Informationspapiertes, welches Bauwillige über die Möglichkeiten informieren soll, wie man gebäudebrütende Tiere fördern kann mit einfachen Mitteln. Ich bin natürlich hoch erfreut, dass der Gemeinderat, oder vielmehr die Verwaltung, bereit ist, solch ein Papier auszuhändigen. Auf der anderen Seite erstaunt es mich dann aber wieder, dass die Leistung, die man ja schon erbringt mit dem Austeilen von Broschüren, nicht abbilden möchte in einem Leistungsauftrag. Das ist mir aufgefallen bei allen drei Leistungspostulaten, die ich eingereicht habe. Der Gemeinderat moniert zwar, dass er das schon mache, ist aber nicht gewillt, Nägel mit Köpfen zu machen und das auch abzubilden. Ich weiss nicht, woher die Angst im Gemeinderat kommt, dies tun zu sollen; ich weiss auch nicht, woher die Angst im Einwohnerrat kommt, Nägel mit Köpfen zu machen. Wie sonst kann es sein, dass eine GPK mit doch einer guten Anzahl bürgerlicher Mitglieder zu einem 6:0-Entscheid kommen kann, und im Rat sind genau diejenigen, die damals in der GPK dafür gewesen waren, nun im Einwohnerrat nicht mehr dafür. Also da muss doch eine ganz tiefgründige Angst vorhanden sein, irgendwie etwas falsch machen zu können. Wie gesagt ich bin erfreut, dass der Gemeinderat bereit ist, solch ein Merkblatt abzugeben. Was mich weiter aber eigenartig dünkt, ist, dass der Gemeinderat den Postulanten auffordert, solch ein Merkblatt zur Verfügung zu stellen. Meine Damen und Herren: Ich bin Einwohnerrat. Ich weiss nicht, was zum Beispiel Sarah Lorenz davon halten würde, wenn der Gemeinderat ihr vorschlagen würde, doch bitte die Auswirkungen der neuen Integrationspolitik von Bund und Kanton auf die Gemeinde Allschwil selber zu recherchieren und das doch bitte dem Gemeinderat abzugeben. Ja, das dünkt mich ein bisschen eigenartig. Aber dennoch denke ich, dass man solch ein Merkblatt durchaus bei den bekannten Naturschutzorganisationen, auch denen in Allschwil, erhalten kann.

Gemeinderat Roman Meury, Vorsteher Departement Hochbau – Raumplanung: Lucius Cueni, wir hatten eigentlich gedacht, du wärst derjenige, der das am besten machen könne, und deshalb hatten wir dich schriftlich gebeten – und jetzt tue ich das auch noch mündlich – das mit uns zusammen zu entwickeln. Darum geht es. Wir geben das Merkblatt gerne ab, aber sonst möchte ich mich eigentlich der Meinung der GPK anschliessen: Es ist kein echtes Leistungspostulat. Aber deinen Wunsch möchten wir gerne realisieren.

Thomas Pfaff, Präsident GPK: Ich darf mich kurz fassen. Ich schliesse mich voll und ganz meinem Vorredner an.

Die Präsidentin lässt über das Leistungspostulat abstimmen.

://:

Das Leistungspostulat, SP/EVP-Fraktion, Lucius Cueni, betreffend Produktegruppe: 300 Hochbau – Raumplanung, Leistungsauftrag: 361 Hochbau – Raumplanung (Förderung gebäudebrütender Tiere) wird mit 16:13 Stimmen abgelehnt.

Die Präsidentin beendet die Sitzung um 21.20 Uhr.